



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 16/2014–2015

Inhalt	Seite
23. Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG)...	927



## Inhaltsverzeichnis

<b>23.</b>	<b>Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	927
	1. Anlass für die Revision .....	927
	2. Abhängigkeit zur Reform des Bündner Finanzausgleichs ....	928
<b>II.</b>	<b>Grundsätzliches zur Revisionsvorlage</b> .....	928
<b>III.</b>	<b>Vernehmlassungsverfahren</b> .....	929
	1. Vorgehen und Rücklauf .....	929
	2. Generelle Beurteilung der Vorlage .....	929
	3. Hauptanliegen und deren Beurteilung .....	929
	3.1 Langsamverkehr .....	929
	3.2 Winterdienst .....	930
	3.3 Sicherheitsholzerei und Gehölzpflege .....	930
	3.4 Entwässerung .....	931
	3.5 Kantonsbeiträge .....	931
<b>IV.</b>	<b>Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen</b> .....	932
	Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen .....	932
	Kapitel II. Strassenbenützung .....	936
	Kapitel III. Projektierung und Bau .....	936
	Kapitel IV. Unterhalt .....	939
	Kapitel V. Strasse und angrenzendes Gebiet .....	944
	Kapitel VI. Finanzierung .....	947
<b>V.</b>	<b>Finanzielle und personelle Auswirkungen</b> .....	949
	1. Finanzielle Auswirkungen .....	949
	2. Personelle Auswirkungen .....	950
<b>VI.</b>	<b>Gute Gesetzgebung</b> .....	950
<b>VII.</b>	<b>Anträge</b> .....	950



## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

23.

### **Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG)**

Chur, den 3. März 2015

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Botschaft und den Entwurf für eine Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG).

#### **I. Ausgangslage**

##### **1. Anlass für die Revision**

Das am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG; BR 807.100) regelt die Projektierung, den Bau und den Unterhalt sowie die Benützung und die Finanzierung der Kantonsstrassen. Seit seinem Inkrafttreten ist der Erlass nur in Folge anderer Gesetzesrevisionen und lediglich punktuell geändert worden.

Mit der vorliegenden Teilrevision soll insbesondere die Verfahrenskoordination verbessert werden. Bei einem Strassenbauvorhaben können zahlreiche Spezialerlasse zur Anwendung gelangen, welche sich in ihrem materiellen Gehalt und in verfahrensmässiger Hinsicht unterscheiden. Entsprechend benötigt ein Strassenprojekt bis anhin Bewilligungen mehrerer Behörden. In Anlehnung an neuere kantonale Gesetze (z.B. Gesetz über den Wasserbau im Kanton Graubünden, KWBG, BR 807.700; Kantonales Waldgesetz, KWaG, BR 920.100; Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden, BWRG,

BR 810.100) macht es Sinn, dass die Regierung zum Erlass eines koordinierten Beschlusses ermächtigt wird.

Gemäss verschiedenen Rückmeldungen der mit dem Vollzug betrauten Organe des Kantons und der Gemeinden soll die Strassengesetzgebung auch anderweitig optimiert werden. Die nach bisherigem Recht vorgesehene Regelung der Signalisation hat sich in der Praxis als wenig praktikabel erwiesen. Zudem drängt sich eine klare Regelung betreffend die Bewilligungspflicht gewisser Bauten und Anlagen Dritter auf (z. B. Leitungen).

## **2. Abhängigkeit zur Reform des Bündner Finanzausgleichs**

Das Bündner Stimmvolk hat am 28. September 2014 der Reform des Finanzausgleichs im Kanton Graubünden (FA-Reform) zugestimmt. Im Zuge dieser Reform wurden auch einzelne Bestimmungen des Strassengesetzes geändert, etwa der auf Wunsch der Gemeinden vorgenommene Verzicht auf kommunale Beiträge an Beläge innerorts. Der Wegfall von Kantonsbeiträgen an Gehweganlagen wurde ebenfalls mit der FA-Reform beschlossen. Die Regierung hat die FA-Reform auf den 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt.

In der vorliegenden Botschaft zum teilrevidierten Strassengesetz sind die mit der FA-Reform beschlossenen Änderungen bereits enthalten. Vorgesehen ist, dass auch die Teilrevision des Strassengesetzes per 1. Januar 2016 in Kraft treten soll.

## **II. Grundsätzliches zur Revisionsvorlage**

Das kantonale Strassengesetz hat sich im Wesentlichen gut bewährt und erfordert keine grundlegende Überarbeitung. Die vorliegende Teilrevision berücksichtigt aber die Erfahrungen der Vollzugsorgane und nimmt ihre Anliegen soweit sinnvoll und nötig auf. So wird unter anderem die verschiedentlich geforderte Verfahrenskoordination sichergestellt, die Strassensignalisation neu geregelt und die seit Jahren geltende Praxis bezüglich Bauten und Anlagen auf Kantonsstrassen gesetzlich verankert.

Zu diesen materiellen Änderungen kommen verschiedene Anpassungen sprachlicher und systematischer Art hinzu. Eine optimierte Gliederung des Erlasses erleichtert das Auffinden und Erkennen der einzelnen Bestimmungen und verbessert deren Verständlichkeit. Den gleichen Zweck verfolgt die an einzelnen Stellen vorgenommene Nummerierung der Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Gesetzesartikel. Viele dieser rein formell angepassten Normen bleiben materiell unverändert.

### **III. Vernehmlassungsverfahren**

#### **1. Vorgehen und Rücklauf**

Mit Beschluss vom 3. April 2014 hat die Regierung den Entwurf zur Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden für die Vernehmlassung frei gegeben. Eingeladen wurden alle Gemeinden und Regionalverbände, die kantonalen Departemente und die Standeskanzlei, die Kantonalparteien sowie verschiedene Verbände und Interessenorganisationen. Der Gegenstand der Vernehmlassung mit der entsprechenden Frist wurde überdies im Kantonsamtsblatt Nr. 14 vom 3. April 2014 publiziert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bis Anfang Juli 2014 gingen 36 Stellungnahmen ein.

#### **2. Generelle Beurteilung der Vorlage**

Die Revisionsvorlage ist gut aufgenommen worden. Ausdrücklich begrüsst wird insbesondere die vorgeschlagene Verbesserung der Verfahrenskoordination und die Bewilligungspflicht von Bauten und Anlagen in, auf und über Kantonsstrassen.

#### **3. Hauptanliegen und deren Beurteilung**

##### ***3.1 Langsamverkehr***

Verschiedene Vernehmlasser weisen auf die Bedeutung des Langsamverkehrs hin. Der Bund bezeichne ihn als gleichwertig mit dem motorisierten Individual- und dem öffentlichen Verkehr und beabsichtige eine stärkere Förderung. Seit dem kantonalen Richtplan von 2002 sei dies auch ein wichtiges Anliegen des Kantons. Der Anteil der Radfahrenden nehme stetig zu. Im Interesse der Verkehrssicherheit müsse dieser Tatsache bei Strassensanierungen Beachtung geschenkt und die Realisierung von Radstreifen vorangetrieben werden. Die kantonalen Beiträge würden aber die Realisierung eines auch für den Tourismus attraktiven Radwegnetzes verhindern.

Die Regierung ist verpflichtet, die Wegnetze des Langsamverkehrs in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Regionen festzulegen. Sie nimmt diese Aufgabe wahr, indem sie regionale Richtpläne bzw. kommunale Nutzungspläne (Erschliessungspläne) prüft und genehmigt. Der Wunsch nach einer stärkeren Gewichtung des Radverkehrs ist mit Blick auf dessen Bedeutung für den Kanton nachvollziehbar. Die Regierung erklärt sich daher

bereit, im Rahmen der anstehenden Revision des kantonalen Richtplans ein Netz von «überwiegendem kantonalem Interesse» für jene Radweganlagen zu definieren, welche aus kantonaler Sicht primär für den Alltagsverkehr von Bedeutung sind. Für die in diesem Netz aufgenommenen Radstreifen und -wege kann die Regierung alsdann gestützt auf Art. 58 Abs. 3 erhöhte Kantonsbeiträge ausrichten.

Den Anliegen der Vernehmlasser wird überdies insofern Rechnung getragen, als dass Radstreifen entlang von Kantonsstrassen neu zu Bestandteilen der Kantonsstrasse erklärt werden. Deren Erstellung, Unterhalt und Signalisation obliegen damit künftig dem Kanton.

### ***3.2 Winterdienst***

Der Entscheid über die Art der Schneeräumung der Kantonsstrassen obliegt dem Departement. Verschiedene Gemeinden wünschen in Bezug auf ihren Innerortsbereich eine Mitsprachemöglichkeit, damit sie allfällige Anliegen (z.B. den aus touristischen Überlegungen gewünschten Verzicht auf eine Schwarzzäumung) vorbringen können. Diesem Wunsch ist im Revisionsentwurf entsprochen worden. Allfällige Mehrkosten müssen nach ständiger Praxis von den Gemeinden übernommen werden.

Die von einzelnen Interessenvertretern gewünschte Zusicherung, wonach Radstreifen und -wege nicht für Schneeablagerungen genutzt werden dürfen, kann hingegen nicht erteilt werden. Bei der Räumung der Fahrbahnfläche lässt es sich nicht vermeiden, dass ein Teil des Schnees am Strassenrand liegen bleibt – auf Radstreifen, auf Gehwegen und selbst am Rand der Fahrbahn.

### ***3.3 Sicherheitsholzerei und Gehölzpflege***

Verschiedene Vernehmlasser fordern eine gesetzliche Regelung der vorsorglichen Waldpflege entlang von Kantonsstrassen.

Fragen nach der Zuständigkeit, Verantwortung und Kostenpflicht der vorsorglichen Waldpflege boten in der Vergangenheit wiederholt Anlass zu Diskussionen. Eine klare gesetzliche Regelung ist daher zu befürworten.

Der Revisionsentwurf sieht eine neue Bestimmung vor, wonach die Verantwortung für die Sicherheitsholzerei und die Gehölzpflege dem Tiefbauamt überbunden wird. Das Tiefbauamt hat die notwendigen Unterhaltmassnahmen auszuführen und trägt grundsätzlich auch die entsprechenden Kosten. Damit wird dem Anliegen aus dem Vernehmlassungsverfahren entsprochen.

### ***3.4 Entwässerung***

Gemäss dem Vernehmlassungsentwurf sollten Gemeinden und Korporationen verpflichtet werden, auch das ausserhalb von Siedlungen anfallende Oberflächenwasser der Kantonsstrassen in ihre Leitungsnetze aufzunehmen. Diese Gesetzesanpassung ist auf breite Ablehnung gestossen. Befürchtet wird insbesondere, dass bestehende Leitungen auf Kosten der Gemeinden und Korporationen erweitert oder neue Leitungen gebaut werden müssten. Aufgrund dieser Rückmeldungen wird auf die ursprünglich vorgeschlagene Anpassung verzichtet und an der geltenden Fassung von Art. 40 festgehalten.

### ***3.5 Kantonsbeiträge***

Der Kanton unterstützt verschiedene Vorhaben mit finanziellen Beiträgen. Mehrere Vernehmlasser bedauern die Reduktion des kantonalen Beitragssatzes von maximal 75 Prozent auf maximal 50 Prozent. Zudem wird verschiedentlich eine Ergänzung der im Gesetz aufgeführten anspruchsberechtigten Tatbestände gewünscht. Gefordert werden unter anderem Beiträge für Fahrbahnhaltestellen, Busspuren, Personenunterstände oder Veloabstellanlagen.

Die Reduktion des maximalen Beitragssatzes auf 50 Prozent erfolgte mit der vom Volk verabschiedeten FA-Reform. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden bildet neu kein Kriterium mehr für die Beitragshöhe. Der Beitragssatz ist somit nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Teilrevision. Die anspruchsberechtigten Tatbestände hingegen werden insofern ergänzt, als dass neu auch für die Erneuerung von Abwasserleitungen und für einen Teil des Unterhalts von Schutzbauten gegen Naturgefahren – inklusive für Geschiebesammler – Kantonsbeiträge geleistet werden.

Weitergehende Ergänzungen der anspruchsberechtigten Tatbestände werden jedoch abgelehnt. Dies gilt vorab für Fahrbahnhaltestellen, welche direkt auf der Fahrbahnfläche liegen. Der Individualverkehr soll jeweils hinter dem Bus warten, bis dessen Fahrgäste ein- und ausgestiegen sind. Dies behindert den Verkehrsfluss, weshalb der Kanton eine finanzielle Unterstützung von Fahrbahnhaltestellen aus Mitteln der Spezialfinanzierung Strassen ablehnt. Gleiches gilt für Busspuren. Busse behindern den Individualverkehr dort, wo sie auf der Fahrbahn anhalten. Entsprechend fördert der Kanton den Bau von Haltebuchten als Gegenmassnahme. Die Busspur an sich ist jedoch für den Verkehrsfluss auf der Kantonsstrasse ohne Nutzen. Sie dient einzig dem öffentlichen Verkehr, indem sie dem Bus freie Fahrt ermöglicht. Busspuren sind daher mit Mitteln des öffentlichen Verkehrs zu unterstützen. Auch die Erstellung von Personenunterständen und Veloabstellanlagen ist

nicht aus der kantonalen Strassenrechnung zu finanzieren. Die Entrichtung von Kantonsbeiträgen aus Mitteln der Spezialfinanzierung Strassen wird daher auch hier abgelehnt.

## **IV. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen**

#### **Art. 1 Geltungsbereich**

Die ersten beiden Bestimmungen des Strassengesetzes werden thematisch zusammengehörend neu gegliedert. Art. 1 regelt nur noch den Geltungsbereich. Die Grundsätze werden in Art. 2, die Zuständigkeiten in einem neuen Art. 3 festgehalten. Inhaltlich bleiben die Bestimmungen im Wesentlichen unverändert.

Als «Wege» bezeichnet man gemeinhin auch untergeordnete, kommunale Strassen. Deren Bau und Projektierung wird – entgegen dem Wortlaut des bisherigen Abs. 1 – nicht im Strassengesetz geregelt. Gleiches gilt für Reitwege. Der Begriff «Wege» wird folglich in Abs. 1 gestrichen, was aber eine ausdrückliche Erwähnung des Langsamverkehrs bedingt. Dessen Zuständigkeiten und Aufgaben werden in Art. 6 StrG und Art. 5 der geltenden Strassenverordnung des Kantons Graubünden (StrV; BR 807.110) festgehalten und sollen entsprechend übernommen werden.

Die bisherigen Abs. 2 und 3 finden sich neu in Art. 2 Abs. 1 und 2, der bisherige Abs. 4 in Abs. 2.

#### **Art. 2 Grundsätze**

Die Bestimmung hält jene Grundsätze fest, welche vormals in Art. 1 Abs. 2 und 3 geregelt wurden.

Abs. 1 wird um die wesentlichen Planungsgrundsätze Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschonung ergänzt. Demgegenüber wird der Begriff «betreiben» gestrichen, da das Gesetz «Unterhalt» als Oberbegriff für den baulichen und betrieblichen Unterhalt verwendet (vgl. Überschrift zu Kapitel IV und Art. 31).

Der bisherige Art. 2 findet sich nunmehr im neuen Art. 3 «Zuständigkeiten».

#### **Art. 3 Zuständigkeiten**

Der bisherige Art. 3 unterteilte die Oberbegriffe «Strassen» und «Wege» in verschiedene Kategorien. Diese Unterteilung war missverständlich. So fallen beispielsweise Gemeinde- und Privatstrassen nicht unter den Geltungsbereich des Strassengesetzes. Gleiches gilt für die ebenfalls erwähnten Reit-

wege. Das Strassengesetz gilt für Kantonsstrassen und regelt überdies die Zuständigkeiten und Aufgaben in Bezug auf den Langsamverkehr (Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 6). Art. 3 wird daher ersatzlos aufgehoben.

Der neue Art. 3 übernimmt und präzisiert die Regelungen des bisherigen Art. 2.

#### **Art. 4 Kantonsstrassen**

Art. 4 und 5 werden aus systematischen Gründen getauscht.

Das Strassengesetz ist auf Kantonsstrassen anwendbar (Art. 1 Abs. 1). Diese werden begrifflich in Haupt- und Verbindungsstrassen unterteilt. Die in der geltenden StrV aufgeführten kantonalen Hauptstrassen sind gemäss Abs. 2 «Anlagen für den überregionalen Verkehr». Dieses Hauptstrassen-netz entspricht den vom Bund subventionierten Strecken, zuzüglich der beiden Parallelstrassen zur N13 (Deutsche Strasse und Italienische Strasse). Diese beiden Strassen sind infolge des Baus der Nationalstrasse aus dem Subventionsnetz gefallen, haben aber nach wie vor Bedeutung für den über-regionalen Verkehr. Die in der StrV aufgeführten kantonalen Hauptstrassen haben allesamt auch Eingang in die vom Bundesrat erlassene Durchgangs-strassenverordnung (SR 741.272) gefunden.

Die übrigen Kantonsstrassen bilden das kantonale Verbindungsstrassen-netz.

#### **Art. 5 Bestandteile der Kantonsstrasse**

Die Artikelüberschrift (bisheriger Art. 4) wird präzisiert.

Flächen des «ruhenden Verkehrs» gehören nicht zu den Bestandteilen der Kantonsstrasse und werden entsprechend nicht mehr erwähnt.

«Radstreifen» sind markierte Bereiche auf der Fahrbahnfläche. Deren Unterhalt und Signalisation ist sinnvollerweise durch den Kanton vorzu-nehmen. Es rechtfertigt sich daher, Radstreifen neu zu Bestandteilen der Kantonsstrasse zu erklären. Von Radstreifen zu unterscheiden sind sepa-rate «Radwege», welche in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen (Art. 6 Abs. 3).

Bauten und Anlagen Dritter werden mit dem Einbau beziehungsweise mit ihrer Errichtung auf der Kantonsstrassenparzelle nicht zu Bestandteilen der Kantonsstrasse. Dieser der geltenden Praxis und Art. 2 lit. b der National-strassenverordnung (NSV; SR 725.111) entsprechende Grundsatz wird nun-mehr in Abs. 1 lit. b festgehalten. Wird beispielsweise auf Wunsch einer Ge-meinde eine Gehweganlage oder Busspur auf der Parzelle der Kantonsstrasse errichtet, stellt diese eine «Anlage Dritter» dar. Sie wird nicht zu einem Be-standteil der Strasse und steht – falls nichts anders geregelt wurde – im Eigen-tum der Gemeinde. Kreiselanlagen hingegen sind Bestandteile der Strasse und im Eigentum des Kantons, da sie lediglich die Linienführung der Fahr-

spuren – Flächen des fließenden Verkehrs gemäss Abs. 1 lit. a – verändern. Dies gilt selbst dann, wenn die Kreiselanlage auf kommunalen Wunsch hin errichtet wurde. Der Unterhalt der zugehörigen Mittelinsel hingegen obliegt innerorts den Gemeinden (Art. 36 Abs. 2, geltendes Recht).

Bestandteile von Kantonsstrassen, welche sich auf fremdem Boden befinden (z.B. Steinschlag- oder Lawinenverbauungen), gehören nach dem sachenrechtlichen Akzessionsprinzip dem jeweiligen Grundeigentümer (Art. 642 Abs. 1 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs, ZGB; SR 210). Folglich müsste der Kanton für Unterhaltsarbeiten an Bestandteilen das Einverständnis des Grundeigentümers einholen. Der neue Abs. 2 ändert diesen sachenrechtlichen Grundsatz. Der Kanton ist Eigentümer der Bestandteile, auch wenn sich diese auf dem Boden Dritter befinden. Eigentum und Unterhaltungspflicht stimmen somit überein.

## **Art. 6 Langsamverkehr**

Die Abs. 2 bis 4 werden aus systematischen Gründen zusammengefasst und neu gegliedert.

Die Regierung ist wie bis anhin verpflichtet, sämtliche Wegnetze des Langsamverkehrs in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen festzulegen (Abs. 2).

Projektierung, Bau und Unterhalt der Anlagen des Langsamverkehrs sind grundsätzlich Aufgabe der Gemeinden. Dies umfasst auch die Signalisation (Signale und Markierungen) der Anlagen. Die kantonalen Pflichten werden jedoch ausdrücklich vorbehalten. So werden etwa Radstreifen entlang von Kantonsstrassen künftig vom Kanton unterhalten und signalisiert. Auch die Signalisation von Fussgängerstreifen auf Kantonsstrassen obliegt neu dem Kanton. Die praktische Koordination von Planung, Bau und Signalisation der Anlagen des Langsamverkehrs wird seit jeher durch das Tiefbauamt wahrgenommen (Abs. 3 neu, bis anhin in Abs. 2 bis 4 geregelt).

Der neue Abs. 4 ist notwendig, damit der Kanton in Zusammenhang mit Strassenprojekten auch die Bauherrschaft von Bauten Dritter (z. B. von Gehwegen) übernehmen kann.

Der bisherige Abs. 7 findet sich neu in Art. 3 Abs. 4.

## **Art. 7 Anspruch auf eine Kantonsstrasse**

### **1. Grundsätze**

Zur besseren Lesbarkeit werden die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 7 bis 10 nummeriert und präzisiert. Zudem werden die Absätze von Art. 7 thematisch zusammengehörend neu gegliedert. Die Regelung unter dem bisherigen Abs. 3 ist eine Präzisierung des unter Abs. 1 geregelten Anspruchs und folgt daher neu unmittelbar anschliessend. Der bisherige Abs. 2 (Sonderregelung für Fusionen) wird künftig zu Abs. 5.

Jede Gemeinde ist vom Kanton mit einer Kantonsstrasse zu erschliessen. Dies bedeutet auch, dass der Anspruch einer Gemeinde grundsätzlich auf eine einzige Kantonsstrasse beschränkt ist. Falls eine Gemeinde durch eine Nationalstrasse erschlossen ist, welche demselben Benutzerkreis – auch landwirtschaftlichem Verkehr – offensteht (und damit «gleichwertig» ist), kann sie keinen Anspruch auf eine Kantonsstrasse geltend machen. Dieser Grundsatz wird in Abs. 1 festgehalten.

Abs. 4 (bisheriger Abs. 5) wird sprachlich präzisiert, Abs. 6 wird mit Blick auf mögliche künftige Strassenübernahmen durch den Bund konkretisiert. Wo der Bund eine Nationalstrasse betreibt, behält der Kanton bestehende Parallelstrassen.

## **Art. 8            2. Aufnahme ins kantonale Strassennetz**

Die neue Umschreibung «Aufnahme einer Strasse ins kantonale Strassennetz» ist besser verständlich als die bis anhin verwendete Formulierung «Anerkennung als Kantonsstrasse».

Der in Abs. 2 vorgenommene Verweis auf Art. 7 wird an dessen neue Gliederung angepasst.

Eine ins kantonale Strassennetz aufgenommene Strasse geht ins Eigentum des Kantons über. Diese Ergänzung dient der Klarstellung der geltenden Regelung.

## **Art. 9            3. Ausschluss aus dem kantonalen Strassennetz**

Die Umschreibung «Ausschluss aus dem kantonalen Strassennetz» ersetzt die bis anhin verwendete Formulierung «Aberkennung einer Kantonsstrasse». Die neue Definition bedingt eine Umformulierung von Abs. 1.

Der in Abs. 2 vorgenommene Verweis auf Art. 7 wird an dessen neue Gliederung angepasst.

Mit der FA-Reform wurde die bisherige Härtefallregelung von Abs. 4, wonach bei einer unverhältnismässigen Belastung der Gemeinde auf einen Ausschluss der Strasse trotz unterschrittener Mindesteinwohnerzahl verzichtet werden konnte, aufgehoben. Für jene Kantonsstrassen, welche bis anhin von dieser Härtefallklausel profitierten, beginnt die Dreijahresfrist von Abs. 2 ab Inkrafttreten dieser Teilrevision.

Eine aus dem kantonalen Strassennetz ausgeschlossene Strasse wird der Gemeinde zu Eigentum abgetreten. Diese Ergänzung dient der Klarstellung der geltenden Praxis.

## **Art. 10          4. Bewilligung einer anderen Verbindung**

Beabsichtigt die Regierung, eine andere kantonale Verbindung infolge geänderter Interessen zu bewilligen, ist die Gemeinde gemäss geltender Praxis vorgängig anzuhören. Die Gemeinde kann ihre Anliegen vorbringen, welche die Regierung in ihre Entscheidungsfindung einfliessen lässt.

## **Kapitel II. Strassenbenützung**

### **Art. 12 Gesteigerter Gemeingebrauch, Sondernutzung**

Gesteigerter Gemeingebrauch und Sondernutzungen sind auf der gesamten Strassenparzelle und auf Nebenanlagen von Nationalstrassen denkbar (z. B. auf Autobahnraststätten, welche gemäss Art. 7 und 8 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen [NSG; SR 725.11] im Eigentum der Kantone stehen). Der Artikel wird entsprechend präzisiert.

## **Kapitel III. Projektierung und Bau**

### **Art. 15 Grundsätze**

In der von der Regierung am 30. September 2014 verabschiedeten kantonalen Richtlinie «Verkehrsberuhigung innerorts» wird in Anlehnung an die vom Schweizerischen Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS) herausgegebene Norm Nr. 640 040b zwischen verkehrsorientierten und siedlungsorientierten Strassen unterschieden. Abs. 3 schafft die Grundlage für diese Unterscheidung und führt zu einem besseren Verständnis des in Abs. 2 verwendeten Begriffs «verkehrsorientiert».

### **Art. 17 Baulinien**

#### **1. Zweck und Verbindlichkeit**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 17 und 18 werden nummeriert.

Mittels Bau- und Baugestaltungslinien kann von den Abstandsvorschriften des Strassengesetzes abgewichen werden. Gemeinden legen solche Linien in Plänen der Grundordnung (z. B. in Zonenplänen) fest. Diese müssen von der Regierung genehmigt werden. Oftmals werden Bau- und Baugestaltungslinien aber auch in rein kommunalen Quartier- oder Arealplänen festgelegt. Bei letzteren geht die in Abs. 2 vorgeschriebene Abstimmung mit dem Tiefbauamt regelmässig vergessen. Wird das Departement in der Folge um die Einräumung eines Näherbaurechts für eine konkrete Baute oder Anlage angefragt, ist es faktisch gezwungen, ein solches zu erteilen. Neu wird darum festgehalten, dass gegenüber Kantonsstrassen nur jene Bau- und Baugestaltungslinien verbindlich sind, welche von der Regierung genehmigt wurden.

### **Art. 19 Auflageprojekt**

#### **1. Bestandteile**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 19 bis 21 werden nummeriert.

## **Art. 20 2. Öffentliche Auflage**

Gesuche um Zusatzbewilligungen sowie ein allfälliger Umweltverträglichkeitsbericht werden seit jeher gemeinsam mit dem Auflageprojekt publiziert. Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu ist sachgerecht. Die betroffenen Stellen sind während der Auflagefrist im Rahmen eines Mitberichtsverfahrens anzuhören. Diese der bisherigen Praxis entsprechende Vorschrift bildet die gesetzliche Grundlage für das in Art. 12 der geltenden StrV erwähnte Verfahren.

Der sprachlich verbesserte Abs. 3 umschreibt die nötigen Aussteckungen im Gelände. Zudem wird vorgeschrieben, dass die geforderte Markierung der Strassenachse unter Angabe der Höhendifferenz zwischen dem bestehenden und dem projektierten Terrain zu erfolgen hat.

## **Art. 22 Einsprachen**

### **1. Einsprachelegitimation**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 22 bis 24 werden nummeriert und präzisiert.

Das Verbandsbeschwerderecht gesamtschweizerischer Organisationen im Bereich des Umwelt- oder des Natur- und Heimatschutzes ergibt sich bereits aus höherrangigem Bundesrecht (Art. 55 des Umweltschutzgesetzes, USG, SR 814.01; Art. 12 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz, NHG, SR 451). Die Erwähnung im Gesetzestext dient der Klarstellung.

## **Art. 23 2. Einsprachefrist und -inhalt**

Die Ergänzung, wonach auch gegen die mit dem Auflageprojekt verbundenen koordinationsbedürftigen Gesuche Einsprache erhoben werden kann, dient der Klarstellung.

Wer keine Einsprache erhebt, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die Erhebung einer Einsprache ist damit formelle Voraussetzung für eine spätere Teilnahme am Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht. Diese verfahrensrechtliche Regelung entspricht der gefestigten kantonalen Rechtsprechung.

## **Art. 24 3. Einsprachebehandlung und Projektgenehmigung**

Bei einem Strassenbauvorhaben können zahlreiche Spezialerlasse zur Anwendung gelangen, welche sich in ihrem materiellen Gehalt und in verfahrensmässiger Hinsicht unterscheiden. Entsprechend benötigten Strassenprojekte bis anhin Bewilligungen mehrerer Behörden. In Anlehnung an andere kantonalen Gesetze (Art. 19 KWaG; Art. 14 Abs. 2 KWBG; Art. 55 Abs. 4 und Art. 58 BWRG) und im Interesse der Verfahrenskoordination wird die Regierung nunmehr zum Erlass eines koordinierten Beschlusses

ermächtigt. Die Regierung fällt ihren Entscheid in Kenntnis der Stellungnahmen der zuständigen Fachstellen.

Bewilligungen und Pläne, die sich auf kommunales Recht stützen, sind nicht erforderlich. Soweit aber das kommunale Recht den Bau und den Unterhalt der Kantonsstrassen nicht unverhältnismässig einschränkt, ist es zu berücksichtigen. Diese Ergänzung von Abs. 1 entspricht analogen Regelungen in spezialgesetzlichen Plangenehmigungsverfahren des Bundes (Art. 26 NSG; Art. 18 des Eisenbahngesetzes, EBG, SR 742.101; Art. 9 des Seilbahngesetzes, SebG, SR 743.01).

Die Gültigkeitsdauer von Projektgenehmigungen muss aus Gründen der Rechtssicherheit beschränkt sein. Der Beginn der Bauarbeiten kann sich aus finanzpolitischen Gründen oder in Folge einer geänderten Priorisierung der anstehenden Projekte verschieben. Wenn jedoch mit den Bauarbeiten nicht innert zehn Jahren nach Eintritt der Rechtskraft begonnen wird, erlischt die Projektgenehmigung.

#### **Art. 25 Projektänderung**

Die Regierung verbindet ihre Projektgenehmigungen mit technischen und umweltrelevanten Auflagen. So verpflichtet sie z.B. die Bauherrschaft, bestimmte Richtlinien des Bundes zu beachten. Gelegentlich sind aber auch Auflagen zu geringfügigen Projektanpassungen (z.B. zu einer Änderung der Strassenentwässerung) nötig. Der erste Satz von Abs. 1 bildet die gesetzliche Grundlage für die Anordnung derartiger Auflagen. Bei wesentlicheren Anpassungen des Auflageprojekts hängt die weitere Vorgehensweise davon ab, ob die Voraussetzungen des vereinfachten Verfahrens erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, ist wie bis anhin eine neue Auflage durchzuführen.

Abs. 2 wird an Abs. 1 Satz 2 angepasst.

#### **Art. 26 Vereinfachtes Verfahren**

Nach diversen Rückmeldungen der mit der Planung und Projektierung von Strassenbauvorhaben betrauten Organe des Kantons war die bisherige Regelung des vereinfachten Verfahrens unpräzise. Eine neue Formulierung des Artikels verdeutlicht den bereits nach bisherigem Recht geltenden Ablauf dieses Verfahrens.

In Abs. 1 werden vorab die Voraussetzungen des vereinfachten Verfahrens umschrieben. Im Zweifelsfall wird das ordentliche Verfahren durchgeführt.

Inwiefern sich das vereinfachte vom ordentlichen Verfahren unterscheidet (fehlende öffentliche Auflage), wird neu in Abs. 2 geklärt. In einem ersten Verfahrensschritt ist das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen bzw. deren Zustimmung einzuholen. Erwähnt wird neu auch die einspracheberechtigte Gemeinde. Die Einräumung einer Einsprachefrist erübrigt sich bei

einer Zustimmung der Einspracheberechtigten. Dies entspricht der bis anhin aus Abs. 5 abgeleiteten Praxis.

Abs. 3 entspricht der bisherigen Regelung von Abs. 2 und 4. Als Betroffene haben auch die Gemeinden sowie Amtsstellen Anspruch auf Einsicht in die Unterlagen.

Abs. 4 hält zur Wahrung des rechtlichen Gehörs fest, dass der Regierung nicht nur die im vereinfachten Verfahren erfolgte Änderung, sondern auch das ursprüngliche Auflageprojekt vorzulegen ist. So ist sichergestellt, dass die Regierung das gesamte Strassenbauvorhaben mitsamt den zugehörigen Änderungen genehmigt. Vorbehalten bleibt die Projektaufhebung nach Art. 28 Abs. 1.

Auf die regierungsrätliche Genehmigung kann gemäss Abs. 5 nur verzichtet werden, wenn die Zustimmungserklärungen der Gemeinde, der betroffenen Grundeigentümer und allfälliger Dritter vorliegen. Zudem muss es sich um ein «örtlich begrenztes Projekt» (z.B. ein Instandsetzungsprojekt) handeln. «Projektänderungen» vor dem Genehmigungsentscheid müssen hingegen der Regierung stets vorgelegt werden.

#### **Art. 29 Landerwerb, Realersatz**

Das Gesetz verwendet «Unterhalt» als Oberbegriff und unterscheidet zwischen baulichem und betrieblichem Unterhalt (Überschrift zu Kapitel IV und Art. 31). Der Begriff «Betrieb» wird folglich gestrichen.

#### **Art. 30 Antizipandoausbau**

Eine Vorfinanzierung von baulichen Massnahmen an Kantonsstrassen durch die Gemeinden ist seit Einführung des «Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden» (HRM2) nicht mehr möglich. Die Bestimmung wird daher ersatzlos gestrichen.

### **Kapitel IV. Unterhalt**

#### **Art. 32 Zuständigkeit**

Bis anhin fehlte eine Aussage zu der dem Kanton obliegenden Unterhaltspflicht. Dieser Grundsatz wird in einem neuen Abs. 1 aufgenommen, was eine Anpassung der Artikelüberschrift sowie eine neue Nummerierung der nachfolgenden, unverändert gebliebenen Absätze zur Folge hat.

#### **Art. 33 Innerortsstrecke**

Die den Begriff «Innerortsstrecke» definierende Bestimmung wird aus systematischen Gründen in die Strassenverordnung aufgenommen.

### **Art. 34 Schliessung und Offenhaltung im Winter**

Die Regierung hat in der geltenden Strassenverordnung festgelegt, welche Kantonsstrassen während des Winters für den Motorfahrzeugverkehr geschlossen werden (Wintersperre, Art. 14 Abs. 1 StrV). Dies bedeutet unter anderem, dass der Kanton auf diesen (Pass-)Strassen während eines definierten Zeitraums (Art. 34 Abs. 2 StrG) keine Schneeräumung mehr vornimmt. Die Regierung kann aber Dritten (z. B. Gemeinden oder bestimmten Trägerorganisationen) die Offenhaltung dieser Strassen mit Wintersperre gestatten – sofern die Berechtigten Gewähr für einen fachlich und technisch einwandfreien Unterhalt sowie eine ausreichende Verkehrssicherheit bieten (Abs. 3). Der bis anhin verwendete Begriff «Betrieb» wird gestrichen, da der Oberbegriff «Unterhalt» sowohl den baulichen als auch den betrieblichen Unterhalt umfasst (vgl. Überschrift zu Kapitel IV und Art. 31).

### **Art. 35 Winterdienst**

Das Departement entscheidet über die Art der Schneeräumung. Dieser neu eingefügte Abs. 2 entspricht dem bisherigen Art. 14 Abs. 3 StrV. Die Verordnungsbestimmung wird damit künftig nur noch die Details der Wintersperre regeln. Neu wird aber das Departement verpflichtet, vor seinem Entscheid über die Art der Schneeräumung innerorts die betroffenen Gemeinden anzuhören. Dies entspricht der geltenden Praxis. So ist es denkbar, dass einzelne Gemeinden etwa aus touristischen Überlegungen innerorts auf eine Schwarzräumung verzichten möchten und einen salzfreien Winterdienst wünschen. Entsprechende Anliegen können künftig beim Departement vorgebracht werden. Hat die von der Gemeinde gewünschte Art der Schneeräumung Mehrkosten zur Folge, gehen sie zu Lasten der Gemeinde.

### **Art. 37 Abwehr von Schaden und Gefahr**

#### **1. Schadenwehr**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 37 bis 37b werden nummeriert und präzisiert.

Das kantonale Brandschutzgesetz (BR 840.100) regelt den Schutz von Personen, Tieren, Sachen und der Umwelt vor den Gefahren und Auswirkungen von Feuer, Rauch, Explosionen und Naturereignissen sowie den Einsatz der Feuerwehr als allgemeine Schadenwehr. Unter den Geltungsbereich des Brandschutzgesetzes fällt auch die Hilfe bei Schadenereignissen auf Strassen. Art. 37 Abs. 1 StrG verweist auf den sachlichen Zusammenhang zwischen Strassenunterhalt und Brandschutzgesetzgebung. Die Bestimmung soll die Rechtsanwendung erleichtern und hat rein informativen Charakter.

Abs. 2 regelt wie bis anhin die Kostentragung bei Schadenfällen. Nach Art. 34 Abs. 2 lit. a des Brandschutzgesetzes sind Hilfeleistungen der Schadenwehr den Empfängern dieser Leistungen nach Aufwand zu verrechnen.

Die Schadensbehebung nach einem Unfall auf Kantonsstrassen kann aber auch Massnahmen des Tiefbauamtes erfordern (z.B. das Entfernen von Gegenständen auf der Fahrbahn, den Einsatz von Ölbindemitteln oder den temporären Signalisationsaufwand). Art. 37 Abs. 2 StrG deckt diese Lücke ab, indem auch diese Kosten auf die Verursacher überwält werden können. Der Begriff «Schadensbekämpfung» umfasst auch Massnahmen zur Abwehr drohender Schäden.

### **Art. 37a 2. Naturereignisse und andere Gefahren**

Die in Art. 679 ZGB geregelte Verantwortlichkeit des Grundeigentümers ist an eine «Überschreitung des Eigentumsrechts» geknüpft. Eine Überschreitung eines Rechts kann nur in einem menschlichen Verhalten liegen (wie die Bewirtschaftung oder sonstige Benutzung eines Grundstücks). Die Grundeigentümer haften daher in der Regel weder für Einwirkungen, die auf Naturereignisse zurückzuführen sind, noch für rein passives Verhalten. Der Kanton als Strasseneigentümer hingegen untersteht der Werkeigentümerhaftung nach Art. 58 des Obligationenrechts (OR; SR 220). Gemäss Art. 701 ZGB ist er indessen nur bei «Notstand» berechtigt, in das Grundeigentum eines Dritten einzugreifen, um Schaden und Gefahr abzuwehren. Die Anforderungen an diesen Nachweis sind hoch (BGE 100 II 120).

Art. 37a soll dem Kanton eine rasche Intervention ermöglichen. Führen Naturereignisse wie Erosion, Regen- oder Schneefälle dazu, dass eine Kantonsstrasse z. B. von Steinschlag, stürzenden Bäumen, Erdbeben oder Lawinen bedroht ist oder dass ein bereits eingetretener Schaden weiter wächst, muss das Tiefbauamt handeln können. Gleiches gilt, wenn die Kantonsstrasse etwa durch eine unsachgemässe Bewirtschaftung eines Grundstücks, morsche Bäume oder Äste, Brände oder Gebäudeeinstürze gefährdet oder beschädigt wird. Art. 37a hält fest, unter welchen Voraussetzungen Dritteigentum betreten und eine Gefahr abgewehrt werden kann. Die Bestimmung normiert keine (Unterhalts-)Pflichten des Kantons, sondern will lediglich dem Kanton als haftpflichtigem Werkeigentümer die Sicherung seiner Strassen ermöglichen (Gefahrenabwehr). In Ergänzung hierzu findet sich in Art. 42 Abs. 2 gemäss geltendem Recht die Befugnis zum Bau von Schutzanlagen.

Muss der Kanton gestützt auf Art. 37a eine Gefahrenquelle beseitigen, welche auf eine «Überschreitung des Eigentumsrechts» des Grundeigentümers zurückzuführen ist, kann er die dabei anfallenden Kosten auf den Grundeigentümer überwält. Anderenfalls gehen die Kosten zu Lasten des Kantons.

### **Art. 37b 3. Sicherheitsholzerei und Gehölzpflege**

Entlang von Kantonsstrassen trägt grundsätzlich das Tiefbauamt die Verantwortung für die vorsorgliche Waldpflege zur Sicherheit der Strassen und zur Freihaltung der Sicht. Diese neue Bestimmung gilt sowohl für die Sicherheitsholzerei («Sicherheit der Strassen»: Holzereiarbeiten, welche eine Gefährdung der Strasse durch umstürzende Bäume oder herabfallende Äste verhindern) als auch für die Gehölzpflege («Freihaltung der Sicht»: v. a. Rückschnitt von Stauden und Sträuchern im unmittelbaren Bereich des Lichtraumprofils, VSS Norm Nr. 640.725b). Hiervon abzugrenzen ist die dem Grundeigentümer obliegende Pflicht, seine Bepflanzungen (gepflanzte Bäume, Hecken etc.) entlang von Kantonsstrassen regelmässig zurückzuschneiden (Art. 50). Ebenfalls nicht Regelungsgegenstand von Art. 37b ist die Schutzwaldpflege. Schutzwald gemäss der kantonalen Schutzwaldauscheidung schützt die Kantonsstrassen fallweise vor Lawinen, Steinschlag, Rutschungen oder Murgängen. Die Schutzwaldpflege umfasst die nötigen Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der Schutzwirkung dieser Wälder, insbesondere die Verjüngung und die Stabilitätspflege. Nach Art. 40 Abs. 2 KWaG sichert der Kanton, handelnd durch das Amt für Wald und Naturgefahren, die minimale Schutzwaldpflege.

Das Tiefbauamt führt sowohl ausserorts wie auch innerorts die nötigen Unterhaltsmassnahmen zur vorsorglichen Waldpflege aus. In Rücksprache mit dem Revierförster kann der betroffene Waldeigentümer die vorgesehenen Massnahmen auch selber ausführen. Der Handlungsbereich des Tiefbauamtes lässt sich aber nicht in Metern oder Baumängen beziffern. Die in Art. 31 Abs. 3 geforderte Pflicht des Kantons zur Sicherstellung von Betriebsbereitschaft und Sicherheit der Kantonsstrassen erfordert je nach Situation bestimmte Massnahmen, welche im Einzelfall festzulegen sind.

Die anfallenden Kosten gehen gemäss Abs. 2 zu Lasten des Tiefbauamtes. Ein allfälliger Holzerlös steht gemäss ständiger Praxis dem Kanton zu.

Müssen Bäume gefällt werden, sind die betroffenen Grundeigentümer laut Abs. 3 soweit möglich vorgängig zu informieren.

### **Art. 38 Strassensignalisation**

Die bisherige Abgrenzung von Art. 38 StrG und dem zugehörigen Art. 15 StrV war ungenau. Künftig regelt das Gesetz einzig die Zuständigkeit für die Strassensignalisation. Die Kostenverteilung erfolgt vollumfänglich auf Verordnungsstufe.

Die bisherige Artikelüberschrift von Art. 38 wird durch den Begriff «Strassensignalisation» ersetzt. Diese umfasst sowohl die Signale als auch die Markierungen als technische Mittel zur Führung des motorisierten Individualverkehrs. Jene Signale und Markierungen, welche nicht der Führung dieses Verkehrs dienen (z.B. die Spezialsignalisation für den öffentlichen

Verkehr und den Langsamverkehr), fallen grundsätzlich nicht unter den Geltungsbereich dieser Bestimmung.

Die Erstellung und der Unterhalt der Signalisation von Kantonsstrassen obliegen dem Kanton. Gleiches gilt neu auch für die Signalisation von Fussgänger- und Radstreifen (Abs. 2 Satz 1). Eine abweichende Zuständigkeitsregel rechtfertigt sich für die erstmalige Signalisation von verkehrsberuhigenden Zonen. Eine «Zonen»-Signalisation umfasst stets ein Netz mehrerer Strassen. Eine Kantonsstrasse kann daher nur im Verbund mit kommunalen Strassen als Tempo-30-Zone signalisiert werden. Wenn nun eine Gemeinde eine Zonensignalisation erstmalig vornimmt, ist es sachgerecht, dass sie neben den kommunalen Strassen auch allfällige, zur Zone gehörende Kantonsstrassen signalisiert (Abs. 2 Satz 2). Der Unterhalt der Signalisation dieser Zone hingegen obliegt auf Kantonsstrassen dem Kanton. Auch die Signalisation von verkehrsberuhigenden Massnahmen, welche nicht «Zonen»-Signalisationen sind (z. B. Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit), bleibt auf Kantonsstrassen eine kantonale Aufgabe (Abs. 2 Satz 1).

Abs. 3 bildet die gesetzliche Grundlage für die Kostenverteilung, welche neu umfassend auf Verordnungsstufe geregelt wird. Dies gilt auch für die bis anhin in Abs. 2 erwähnten Kosten der Orts- und Strassenzustandstafeln. Die bisherige Regelung von Abs. 3 wird ebenfalls auf Verordnungsstufe übernommen.

### **Art. 39 Beleuchtung**

Fussgängerstreifen werden nicht für den motorisierten Verkehr errichtet. Als Anlagen des Langsamverkehrs sind sie – sowohl innerorts wie auch ausserorts – grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden (Art. 6 Abs. 3). Die Erstellung und der Unterhalt der Beleuchtungsanlagen von Fussgängerstreifen ist folglich ebenfalls Aufgabe der Gemeinden, welche auch die entsprechenden Kosten zu tragen haben.

### **Art. 42 Schutzanlagen**

Der Begriff «betreiben» wird in Abs. 1 gestrichen, da das Gesetz «Unterhalt» als Oberbegriff für den baulichen und betrieblichen Unterhalt verwendet (vgl. Überschrift zu Kapitel IV und Art. 31).

Wenn Schutzanlagen Erträge abwerfen (wie etwa veräusserbares Rohmaterial aus Geschiebefängen), werden sie im Verhältnis zur Belastung unter den Beteiligten aufgeteilt. Diese neu aufgenommene Regelung entspricht der heutigen Praxis.

## Kapitel V. Strasse und angrenzendes Gebiet

### Art. 44 Duldungspflicht

An Kantonsstrassen anstossende Grundstücke haben gewisse Duldungspflichten. Abs. 3 wird auf seine Kernaussage reduziert; die beispielhafte Aufzählung wird gestrichen. Da der Begriff «Vorbereitungshandlungen» auf den Unterhalt nicht zutrifft, werden die Unterhaltsarbeiten neu in einem zweiten Satz erwähnt (z. B. das Betreten von Privateigentum für das Spülen von Schächten).

Bei Arbeiten gemäss den Abs. 2 bis 4 sind die betroffenen Grundeigentümer soweit möglich vorgängig zu informieren. Dieser, der geltenden Praxis entsprechende Grundsatz wird neu ausdrücklich festgehalten.

### Art. 44a Bauten und Anlagen in, auf und über Kantonsstrassen

Die Bewilligungspflicht für Bauten und Anlagen an Kantonsstrassen wird in Art. 45 bis 50 geregelt. Ergänzend dazu werden im neuen Art. 44a Abs. 1 bewilligungspflichtige Bauten und Anlagen *in, auf und über* Kantonsstrassen beispielhaft aufgezählt. Bis anhin musste die Bewilligungspflicht für entsprechende Vorhaben aus Art. 12 (gesteigerter Gemeingebrauch) oder Art. 51 ff. (Anschluss) abgeleitet werden. Der neue Art. 44a Abs. 1 füllt diese Lücke. Demnach erfordern Veränderungen der Kantonsstrasse oder ihrer Bestandteile durch Dritte (z. B. durch Gemeinden oder Private) eine Bewilligung des Tiefbauamtes.

Bewilligungspflichtig ist unter anderem die Errichtung oder Anpassung von Verkehrsknoten (auch Verkehrskreisel) inklusive Links- oder Rechtsabiegestreifen (Abs. 1 lit. a), von Anlagen des Langsamverkehrs wie beispielsweise Gehwege (Abs. 1 lit. b), von baulichen Verkehrsberuhigungsmassnahmen, Parkfeldern und Haltebuchten (Abs. 1 lit. c und d), von Gestaltungen der Strassenoberfläche mittels Farbe, Pflastersteinen und dergleichen (Abs. 1 lit. e), von Leitungen, Fussgängerüber- und -unterführungen und Fussgängerschutzinseln (Abs. 1 lit. f und g) sowie von Busspuren (Abs. 1 lit. h).

Die in Abs. 1 erwähnten Bauten und Anlagen werden auf Wunsch der Gesuchstellenden errichtet. Folglich rechtfertigt sich die in Abs. 2 vorgesehene grundsätzliche Kostenüberbindung an die Verursacher dieser Bauten und Anlagen. «Andere Kreuzungsanlagen» sind Werke, welche unter anderem die Querung, Verbindung oder Teilung von Kantonsstrassen mit Gewässern, Strassen, Wegen oder Schienen ermöglichen. Müssen solche Werke erstellt, geändert, erneuert oder unterhalten werden, kann die Kostenverteilung zu Konflikten führen. Die Regelung, wonach die anfallenden Kosten grundsätzlich zu Lasten des Verursachers der jeweiligen Kreuzungsanlage gehen, gewährleistet eine gewisse Rechtssicherheit sowie Rechtsgleichheit.

Zur Nutzung von Synergien kann das Tiefbauamt gemäss Abs. 3 bei der Beurteilung der eingegangenen Gesuche die Nutzung bereits vorhandener Strassenbestandteile verlangen. Eine entsprechende Verfügung kann selbst dann erlassen werden, wenn die Strassenbestandteile erst in Planung sind.

## **Art. 45      Bauten, Anlagen und Bepflanzungen an Kantonsstrassen**

### **1. Grundsatz**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 45 bis 50 werden nummeriert und angepasst.

Auch Pflanzen müssen gemäss dem geltenden Art. 21 StrV gewisse Mindestabstände gegenüber Kantonsstrassen beachten. Art. 45 Abs. 1 StrG wird entsprechend ergänzt.

## **Art. 46      2. Anpassung bestehender Bauten und Anlagen**

Gemäss Art. 81 Abs. 3 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; 801.100) dürfen Gemeinden in ihrem Baugesetz den Wiederaufbau nach Zerstörung oder Abbruch ohne Rücksicht auf die geltenden Vorschriften der Regelbauweise für zulässig erklären (Hofstattrecht). Besondere Regelungen des kantonalen Rechts werden jedoch ausdrücklich vorbehalten (Art. 81 Abs. 4 KRG).

Bei Art. 46 StrG handelt es sich um eine spezielle kantonale Regelung, welche gegenüber dem übrigen kantonalen und kommunalen Recht Vorrang hat. Gemäss Abs. 3 dürfen Bauten und Anlagen, welche den gegenüber Kantonsstrassen geltenden Abständen nicht mehr entsprechen, nach einem Abbruch nicht einfach am selben Ort wieder aufgebaut werden (kein Hofstattrecht gegenüber Kantonsstrassen). Einem Abbruch gleichzusetzen ist ein im Rahmen einer Erneuerung (auch etappenweise) vorgenommener, überwiegender Ersatz der Bausubstanz. Diese Ergänzung von Abs. 2 ist eine im Interesse der Verkehrssicherheit vorgenommene Präzisierung des Wortes «Abbruch».

## **Art. 47      3. Näherbaurechte**

Der Begriff «Näherbaurechte» entspricht der in der Praxis üblichen Bezeichnung und ist aussagekräftiger als die bisherige Umschreibung «Ausnahmebewilligungen». Der Artikel wird entsprechend präzisiert.

## **Art. 48      4. Bauliche Anforderungen**

Vom Eigentümer eines an die Kantonsstrasse angrenzenden Grundstücks kann eine Anpassung oder Beseitigung von Bauten, Anlagen oder Bepflanzungen verlangt werden, welche die Verkehrssicherheit gefährden. Näherbaurechte werden in der Regel mit einer entsprechenden Auflage eingeräumt. Der Errichtungszeitpunkt der Bauten, Anlagen oder Bepflanzun-

gen ist für die Anpassungs- oder Beseitigungspflicht ohne Belang, weshalb Abs. 2 entsprechend präzisiert wird.

Falls die Errichtung der Bauten, Anlagen oder Bepflanzungen vorbehaltlos genehmigt wurde oder falls sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, als noch keine oder abweichende Abstandsvorschriften galten, ist die verlangte Anpassung bzw. Beseitigung gemäss Abs. 3 zu entschädigen.

## **Art. 50      6. Verbot von Beeinträchtigungen**

Bei der Instandhaltung und Pflege von Bauten, Anlagen und Bepflanzungen entlang von Kantonsstrassen, aber auch bei deren Errichtung ist auf die Verkehrssicherheit zu achten. Diese Ergänzung liegt auch im Interesse des haftpflichtigen Grundeigentümers.

Wald wird vom Begriff der «Bepflanzungen» nicht erfasst. Die vorsorgliche Waldpflege entlang von Kantonsstrassen obliegt gemäss Art. 37b dem Tiefbauamt.

## **Art. 51      Anschluss an Kantonsstrasse** **1. Grundsatz**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 51 bis 54 werden nummeriert.

Kantonsstrassen dienen nicht nur dem überregionalen Verkehr, sondern haben auch Erschliessungsfunktion für das angrenzende Gebiet. Anschlüsse an Kantonsstrassen sollen aber die Leistungsfähigkeit der Kantonsstrasse sowie deren Verkehrssicherheit möglichst nicht beeinträchtigen. Die betroffenen Grundeigentümer haben daher – sofern es die Verkehrssicherheit erfordert – auf eigene Kosten Massnahmen hinsichtlich des Standortes des Anschlusses sowie der Art und Ausgestaltung der Verkehrsknoten zu treffen. Der neue Begriff «Verkehrsknoten» umfasst neben dem eigentlichen Anschluss auch die zugehörigen Abbiegestreifen (Links- und Rechtsabbiegestreifen).

## **Art. 53      3. Anpassungspflicht**

Der Kanton hat wie bis anhin die Möglichkeit, in bestehende Anschlussverhältnisse einzugreifen, wenn diese durch Neubauten oder Nutzungsänderungen wesentlich mehr belastet werden. Von den betroffenen Grundeigentümern kann diesfalls verlangt werden, dass sie den Verkehrsknoten (inklusive zugehörige Links- und Rechtsabbiegestreifen) auf eigene Kosten an die geänderten Verhältnisse anpassen. Damit können die Verursacher von Mehrverkehr unter anderem verpflichtet werden, auf eigene Kosten einen Abbiegestreifen auf der Kantonsstrasse zu errichten.

## Kapitel VI. Finanzierung

### **Art. 55 Spezialfinanzierung, Kompetenzen, Abgrenzungen**

Aufgrund des aktuell grossen Vermögens der Spezialfinanzierung Strassen wird neu die Möglichkeit geschaffen, von der heutigen minimalen Zuweisung aus den allgemeinen Staatsmitteln abzuweichen. In Analogie zur Strassenschuld wird auch die Höhe des Strassenvermögens begrenzt. Die Begriffe Strassenschuld und Strassenvermögen betreffen die effektive Schuld bzw. das effektive Vermögen gemäss der jeweiligen Jahresrechnung.

### **Art. 56 Einnahmen**

Redaktionelle Präzisierung entsprechend der aktuellen Praxis mit der Absicht, dass die durch die Kantonspolizei erhobenen Ordnungsbussen aus der Strassenverkehrsgesetzgebung weiterhin in die Spezialfinanzierung Strassen fliessen.

### **Art. 58 Kantonsbeiträge** **1. Grundsatz**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 58 und 59a werden nummeriert.

Abs. 1 lit. a ermöglicht die Leistung kantonaler Beiträge an den Bau von Anlagen des Langsamverkehrs sowie an die Erstellung und Erhaltung derer Signalisation (ohne Gehwege). Unter die Umschreibung «Signalisation» fallen sowohl Signale als auch Markierungen. In ständiger Praxis werden lediglich an die Materialkosten des Signalisations-Unterhalts, nicht aber an die eigentlichen Unterhaltsarbeiten Kantonsbeiträge geleistet. Die Anspruchsvoraussetzungen werden wie bis anhin in der Strassenverordnung (Art. 31 StrV) geregelt. Entsprechend findet sich künftig auch der Vorbehalt der bisherigen lit. a («... sofern sie den Vorgaben der Regierung entsprechen») auf Verordnungsstufe.

Der Kanton hat grosses Interesse an einem einwandfreien Zustand jener Abwasserleitungen, die auch der Ableitung des Wassers von Kantonsstrassen dienen. Folglich werden künftig gemäss Abs. 1 lit. e auch für die Erneuerung dieser Leitungen (Materialkosten des Unterhalts und eigentliche Unterhaltsarbeiten) Beiträge gesprochen.

In Abs. 1 lit. f wird verdeutlicht, dass der Kanton auch für den baulichen und ausserordentlichen betrieblichen Unterhalt Beiträge leisten kann (Materialkosten des Unterhalts und eigentliche Unterhaltsarbeiten). Zu letzterem gehört insbesondere die finanziell aufwändige Entleerung von Kiesfängen nach ungewöhnlich grossen Hochwasserereignissen (z. B. Val Parghera, Domat/Ems; Val Zinzer, Trun).

Die Beiträge an Stützpunktfeuerwehren zur Strassenrettung (bisherige lit. h) werden neu in Art. 59a geregelt.

Abs. 3 wird im Sinne der geltenden Praxis präzisiert.

Gemäss dem ergänzten Abs. 1 können künftig vereinzelt auch für Unterhaltsarbeiten Kantonsbeiträge beansprucht werden. Um einer Vernachlässigung des regelmässigen Unterhalts und einem Verzicht auf vorbeugende Investitionen entgegenzuwirken, werden in Abs. 4 die Beitragszahlungen des Kantons vom ordentlichen Unterhalt abhängig gemacht.

## **Art. 59a 2. Beiträge an Stützpunktfeuerwehren zur Strassenrettung**

Der neue Art. 59a regelt die bis anhin unter Art. 58 Abs. 1 lit. h erfassten Beiträge an Stützpunktfeuerwehren. Bei Schadenereignissen auf Kantonsstrassen hat der Kanton als Strasseneigentümer Hilfe zu leisten. Diese Aufgabe der Strassenrettung überträgt er den Stützpunktfeuerwehren von Gemeinden und privaten Betrieben. Die erforderliche Spezialausrüstung wird von der Gebäudeversicherung zur Verfügung gestellt (Art. 29 bis 32 des Brandschutzgesetzes). Da der Kanton als Strasseneigentümer die Dienstleistungen der Stützpunktfeuerwehren in Anspruch nimmt, hat er grundsätzlich auch deren Ausrüstung und Ausbildung bezüglich Strassenrettung zu entschädigen. Die Kostenübernahme wird aber auf höchstens 80 Prozent der anrechenbaren Kosten begrenzt, da die Strassenrettung auf kommunalen Strassen ebenfalls durch die Stützpunktfeuerwehren ausgeführt wird (Abs. 1).

Falls aber eine bestimmte Ausrüstung oder Ausbildung ausschliesslich der Strassenrettung auf Kantonsstrassen dient, können die Kantonsbeiträge bis auf 100 Prozent der anrechenbaren Kosten erhöht werden (Abs. 2).

## **Art. 61 Gebühren**

### **1. Bewilligungen**

Die Artikelüberschriften der thematisch zusammengehörenden Art. 61 und 61a werden nummeriert.

Die Bestimmung legt fest, für welche Bewilligungen der Kanton Gebühren erheben kann. Da in Abs. 1 lit. a neu eine Grundlage für die Erhebung von Parkierungsgebühren geschaffen wird und das Parkieren regelmässig zeitlich begrenzt ist, wird keine minimale Gebührenhöhe mehr festgelegt. So kann im Einzelfall auch – aus touristischen oder anderen Überlegungen – auf die Erhebung von Gebühren verzichtet werden.

Nicht nur die Benutzung der Fahrbahn, auch jene der restlichen Strassenparzelle kann gesteigerten Gemeingebrauch darstellen (z.B. das Parkieren auf Strassengrundstücken). Gleiches gilt für Autobahnraststätten, welche als «Nebenanlagen von Nationalstrassen» im Eigentum der Kantone stehen (Art. 7 und 8 NSG). Durch die Präzisierung in Abs. 1 lit. a wird die nötige

gesetzliche Grundlage geschaffen, damit etwa für nächtliches Parkieren auf Autobahnraststätten eine Gebühr erhoben werden kann.

Näherbaurechte werden für Bauten und Anlagen, aber auch für Pflanzen eingeräumt (wie z.B. für eine Allee entlang der Kantonsstrasse). In Übereinstimmung mit Abs. 1 lit. b muss der Kanton auch für solche Bewilligungen Gebühren erheben können. Dieses Befugnis wird ihm nunmehr erteilt.

### **Art. 61a      2. Konzessionen**

Der Kanton kann für Konzessionen Gebühren erheben. Da diese nicht an die Höchstgrenze von Art. 61 gebunden sind, werden sie in einer eigenständigen Bestimmung geregelt. Abs. 2 konkretisiert die Kriterien zur Festlegung der Höhe von Konzessionsgebühren.

## **V. Finanzielle und personelle Auswirkungen**

### **1. Finanzielle Auswirkungen**

Im Rahmen der vorliegenden Revisionsvorlage werden Radstreifen zu Bestandteilen der Kantonsstrasse erklärt. Gestützt auf entsprechende Projekte in den letzten Jahren wird diese Änderung Mehrausgaben von 20000 Franken bis 50000 Franken pro Jahr zur Folge haben.

Mehrausgaben von jährlich rund 100000 Franken erwachsen dem Kanton infolge der neuen Regelung der Signalisation. Die bisherige Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden war wenig praktikabel. Dies galt insbesondere für die den Gemeinden obliegende Signalisation von Fussgängerstreifen. Neu ist dies Aufgabe des Kantons, wodurch künftig auf Kantonsstrassen ein einheitlicher Signalisations-Standard gewährleistet werden kann.

Die Kosten der vorsorglichen Waldpflege samt der Schutzwaldpflege wurden bis anhin zwischen dem Tiefbauamt, dem Amt für Wald und Naturgefahren, dem Bund und den Waldeigentümern aufgeteilt. Die Kosten der vorsorglichen Waldpflege werden künftig allein vom Tiefbauamt getragen. Diese Regelung hat jährliche Mehrausgaben zwischen 100000 Franken und 200000 Franken zur Folge.

In Ergänzung zu den bisherigen anspruchsberechtigten Tatbeständen können Kantonsbeiträge auch für die Erneuerung von Abwasserleitungen sowie für einen Teil des Unterhalts von Schutzbauten gegen Naturgefahren entrichtet werden. Zudem werden die Beiträge an die Stützpunktfeuerwehren der geltenden Praxis entsprechend erhöht. Diese Anpassungen haben keine grossen Mehrausgaben zur Folge.

Insgesamt ergeben sich für den Kanton unter allen Titeln Mehrkosten von jährlich rund 250000 Franken bis 350000 Franken.

Schliesslich sieht die Revisionsvorlage vor, dass der Kanton künftig auch bei gesteigertem Gemeingebrauch von Nebenanlagen der Nationalstrassen und für Bewilligungen zur Unterschreitung von Pflanzabständen Gebühren erheben kann. In welchem Ausmass von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, ist zurzeit noch offen. Eine Quantifizierung der möglichen Mehreinnahmen ist daher nicht möglich.

## **2. Personelle Auswirkungen**

Die dem Tiefbauamt mit der vorliegenden Teilrevision des kantonalen Strassengesetzes zusätzlich überbundenen Aufgaben können mit dem bestehenden Personalbestand bewältigt werden. Die Revisionsvorlage wird zu keiner Zunahme der Personalkosten führen.

## **VI. Gute Gesetzgebung**

Die Grundsätze der «Guten Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben (vgl. Regierungsbeschluss vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070) werden mit der vorliegenden Revisionsvorlage eingehalten.

## **VII. Anträge**

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Strassengesetzes des Kantons Graubünden (StrG) gemäss beiliegendem Entwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung  
Der Präsident: *Jäger*  
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

---

# Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG)

Änderung vom [Datum]

---

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –  
Geändert: **807.100**  
Aufgehoben: –

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...

beschliesst:

## I.

Der Erlass "Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG)" BR [807.100](#) (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

**Art. 1 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)**

~~Geltungsbereich und Grundsätze~~ **(Überschrift geändert)**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Projektierung, den Bau, den Unterhalt, die Benützung und die Finanzierung der Kantonsstrassen sowie die Zuständigkeiten und Wege im Kanton Graubünden ~~Aufgaben in Bezug auf den Langsamverkehr.~~

<sup>2</sup> ~~Die Kantonsstrassen und ihre technischen Einrichtungen sind nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu projektieren, zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben~~ Es findet subsidiär auf die Nationalstrassen Anwendung.

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

<sup>4</sup> *Aufgehoben*

---

**Art. 2 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)**

ZuständigkeitenGrundsätze (**Überschrift geändert**)

<sup>1</sup> Die Regierung übt die Oberaufsicht über das kantonale Strassenwesen aus. Kantonsstrassen und ihre technischen Einrichtungen sind nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschonung zu projektieren, zu bauen und zu unterhalten.

<sup>2</sup> Die Regierung ist ermächtigt, für die Ausführung des betrieblichen und des projektfreien baulichen Unterhalts Koordination der Kantonsstrassen mit den übrigen raumwirksamen Aufgaben der Nationalstrassen sowie für weitere Aufgaben in diesem Bereich Leistungsvereinbarungen mit dem Bund abzuschliessen. Gemeinden, des Kantons und des Bundes erfolgt im kantonalen Richtplanverfahren.

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

<sup>4</sup> *Aufgehoben*

**Art. 3 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)**

Strassen- und WegkategorienZuständigkeiten (**Überschrift geändert**)

<sup>1</sup> Die Strassen werden eingeteilt in National-, Kantons- und Gemeindestrassen sowie Privatstrassen im Gemeingebrauch. Regierung übt die Oberaufsicht über das kantonale Strassenwesen aus.

<sup>2</sup> Die Wege werden eingeteilt in Rad-, Reit-, Geh-, Fuss- und Wanderwege. Sie kann für die Regelung von Aufgaben im Bereich der Nationalstrassen Leistungsvereinbarungen mit dem Bund abschliessen.

<sup>3</sup> Das Departement übt die Aufsicht über die Projektierung, den Bau und den Unterhalt der Kantonsstrassen sowie die Strassenbaupolizei aus.

<sup>4</sup> Dem Departement ist das kantonale Tiefbauamt (Tiefbauamt) als Fachstelle für das Strassenwesen, den Langsamverkehr und den Wasserbau unterstellt.

**Art. 4 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu)**

StrasseKantonsstrassen (**Überschrift geändert**)

<sup>1</sup> Zur Strasse gehören: Als Kantonsstrassen gelten die Haupt- und Verbindungsstrassen. Sie stehen im Eigentum und unter der Hoheit des Kantons.

a) *Aufgehoben*

b) *Aufgehoben*

<sup>2</sup> Hauptstrassen sind die von der Regierung als solche bezeichneten Anlagen, insbesondere diejenigen für den überregionalen Verkehr.

<sup>3</sup> Verbindungsstrassen sind alle anderen Kantonsstrassen.

**Art. 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (aufgehoben)**

KantonsstrassenBestandteile der Kantonsstrasse (**Überschrift geändert**)

---

<sup>1</sup> ~~Als Kantonsstrassen gelten die Haupt- und Verbindungsstrassen. Sie stehen im Eigentum und unter der Hoheit des Kantons. Zur Kantonsstrasse gehören:~~

- a) **(neu)** alle Flächen für den fliessenden Verkehr, inklusive Radstreifen;
- b) **(neu)** sämtliche Bauten und Anlagen inner- und ausserhalb des Strassengrundstückes, welche der technischen Ausgestaltung, dem bestimmungsgemässen Gebrauch und der Sicherung der Strasse dienen oder zum Schutz der Umgebung erforderlich sind, nicht jedoch Bauten und Anlagen Dritter.

<sup>2</sup> ~~Hauptstrassen sind die von der Regierung bezeichneten Anlagen, insbesondere diejenigen für den überregionalen Durchgangsverkehr. Bestandteile der Kantonsstrasse sind Eigentum des Kantons, sofern nicht andere Rechte begründet werden.~~

<sup>3</sup> *Aufgehoben*

**Art. 6 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 7 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> ~~Der Kanton koordiniert die Planung und den Bau der Anlagen von kantonalem Interesse. Die Regierung legt die entsprechenden Wegnetze nach Anhören der in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und derden Regionen fest.~~

<sup>3</sup> ~~Der Kanton sorgt zusammen mit den Gemeinden für die Signalisation. Die Gemeinden projektieren, bauen und unterhalten die Anlagen unter Vorbehalt der Anlagen im kantonalen Interesse kantonalen Pflichten. Das Tiefbauamt koordiniert die Planung, den Bau und die Signalisation.~~

<sup>4</sup> ~~Die Gemeinden projektieren, bauen und unterhalten. Bei Anlagen entlang von Kantonsstrassen, die deren Entlastung dienen, kann der Kanton die Anlagen Bauherrschaft ausüben.~~

<sup>7</sup> *Aufgehoben*

**Art. 7 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert), Abs. 6 (geändert)**

Anspruch auf eine Kantonsstrasse<sup>¶</sup>

**1. Grundsätze (Überschrift geändert)**

<sup>1</sup> Der Kanton erschliesst jede Gemeinde mit einer Kantonsstrasse, falls keine Erschliessung durch eine gleichwertige Nationalstrasse vorhanden ist.

<sup>2</sup> ~~Wird eine bisherige Gemeinde infolge Zusammenschluss zu einer Fraktion. Der gleiche Anspruch gilt auch für die Erschliessung einer neuen Gemeinde, so bleibt deren Erschliessungsanspruch für die bisherige Hauptsiedlung bestehen. Gemeindefraktion, sofern sie mindestens 30 Personen mit ständigem Wohnsitz zählt.~~

<sup>3</sup> ~~Der gleiche Anspruch. Als Gemeindefraktion gilt auch für die Erschliessung einer Gemeindefraktion, sofern sie mindestens 30 Personen mit ständigem Wohnsitz zählt eine historisch gewachsene, von der Hauptsiedlung der Gemeinde klar abgesetzte Häusergruppe oder eine Streusiedlung längs einer gemeinsamen Haupteerschliessung.~~

---

~~4 Als Gemeindefraktion gilt eine historisch gewachsene, von Der Erschliessungsanspruch einer Gemeinde besteht bis zum Ende der Hauptsiedlung der Gemeinde klar abgesetzte Häusergruppe oder eine Streusiedlung längs einer gemeinsamen Haupterschliessung, jener einer Gemeindefraktion so weit, als die Strasse der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner der Fraktion zur Erschliessung dient.~~

~~5 Die Verbindung mit einer Kantonsstrasse reicht bei Wird eine bisherige Gemeinde infolge Zusammenschluss zu einer Gemeinde bis zum Ende der Hauptsiedlung und bei Fraktion einer Gemeindefraktion so weit, als sie der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner der Fraktion zur Erschliessung dientneuen Gemeinde, so bleibt deren Erschliessungsanspruch für die bisherige Hauptsiedlung bestehen.~~

~~6 Bei Realisierung einer kantonalen Ortsumfahrung hat die Gemeinde die bisherige Verbindung zu übernehmen. Sie hat weiterhin Anspruch auf einen einzigen kantonalen Anschluss bis zum Ortsbeginn, welchen die Regierung nach Anhören der Gemeinde bestimmt.~~

#### **Art. 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 4 (geändert)**

##### **Anerkennung2. Aufnahme ins kantonale Strassennetz (Überschrift geändert)**

~~1 Die Anerkennung als KantonsstrasseAufnahme einer Strasse ins kantonale Strassennetz setzt voraus, dass der in Artikel 7 geregelte Anspruch auf eine kantonale Verbindung besteht.~~

~~2 Die Mindesteinwohnerzahl gemäss Artikel 7 Absatz 3Artikel 7 Absatz 2 muss während drei aufeinander folgenden Jahren nachgewiesen werden.~~

~~4 Die AnerkennungAufnahme erfolgt durch die Regierung. Die Strasse wird vom Kanton zu Eigentum übernommen.~~

#### **Art. 9 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (geändert), Abs. 6 (geändert)**

##### **Aberkennung3. Ausschluss aus dem kantonalen Strassennetz (Überschrift geändert)**

~~1 Die Aberkennung einer Kantonsstrasse setzt voraus, dass Fällt der Anspruch auf eine kantonale Verbindung gemäss Artikel 7 nicht mehr bestehtweg oder dasshat die Strasse ihren Zweck als Kantonsstrasse verloren hat, wird sie aus dem kantonalen Strassennetz ausgeschlossen.~~

~~2 Die Mindesteinwohnerzahl gemäss Artikel 7 Absatz 3Artikel 7 Absatz 2 muss während drei aufeinander folgenden Jahren unterschritten sein.~~

~~5 Im Rahmen von GemeindezusammenlegungenGemeindezusammenschlüssen kann die Regierung die kantonale Erschliessung vertraglich festlegen.~~

~~6 Die AberkennungDer Ausschluss erfolgt durch die Regierung nach Anhören der Gemeinde. Die Strasse wird der Gemeinde zu Eigentum abgetreten.~~

#### **Art. 10 Abs. 3 (geändert)**

##### **4. Bewilligung einer anderen Verbindung (Überschrift geändert)**

---

<sup>3</sup> Die Bewilligung einer anderen kantonalen Verbindung erfolgt durch die Regierung nach Anhören der Gemeinde.

**Art. 12 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

<sup>1</sup> Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung oder Beanspruchung der Kantonsstrassen~~Strassen~~Grundstücke oder der Nebenanlagen von Nationalstrassen bedarf einer Bewilligung des Tiefbauamtes.

<sup>2</sup> Eine Konzession der Regierung ist erforderlich für langfristige, besonders intensive Benützungen der Strasse~~Strassen~~Grundstücke oder der Nebenanlagen von Nationalstrassen.

<sup>3</sup> Die Bewilligungs- und Konzessionsnehmer haben alle Kosten zu ersetzen, die dem Kanton durch die Beanspruchung der Strasse~~Strassen~~Grundstücke oder der Nebenanlagen von Nationalstrassen erwachsen. Sie können zu Vorschuss- und Sicherheitsleistungen verpflichtet werden.

**Art. 15 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Die Regierung erlässt für den Innerortsbereich von Kantonsstrassen Richtlinien ~~Richtlinien~~ für Massnahmen zur Verkehrsberuhigung. Dabei ~~ist auf die Funktion der Strasse und auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen~~wird unterschieden zwischen verkehrsorientierten und siedlungsorientierten Strassen in Berücksichtigung ihrer Funktion und der örtlichen Verhältnisse.

**Art. 17 Abs. 2 (geändert)**

Baulinien¶

1. Zweck und Verbindlichkeit (Überschrift geändert)

<sup>2</sup> Legen Gemeinden im Bereich von Kantonsstrassen Bau- oder Baugestaltungslinien fest, haben sie diese vorgängig mit dem Tiefbauamt abzustimmen. Gegenüber Kantonsstrassen sind nur Bau- und Baugestaltungslinien verbindlich, welche von der Regierung genehmigt wurden.

**Art. 18**

2. Ausnahmbewilligungen (Überschrift geändert)

**Art. 19**

Auflageprojekt¶

1. Bestandteile (Überschrift geändert)

**Art. 20 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

2. Öffentliche Auflage (Überschrift geändert)

---

<sup>1</sup> Das Departement legt das Auflageprojekt-, die Gesuche für koordinationsbedürftige weitere Bewilligungen sowie einen allfälligen Umweltverträglichkeitsbericht in den betroffenen Gemeinden während 30 Tagen öffentlich auf. Die betroffenen Amtsstellen werden im Rahmen eines Mitberichtsverfahrens angehört.

<sup>3</sup> ~~Durch Ausstecken Für die Dauer der Auflage sind die Strassenachse unter Angabe der Höhen und die Baulinien für die Dauer sowie allfällige Baulinien soweit möglich durch Ausstecken im Gelände kenntlich zu machen. Die Markierung der Auflage im Gelände kenntlich Strassenachse hat unter Angabe der Höhendifferenz zwischen dem bestehenden und dem projektierten Terrain zu machenerfolgen.~~

## **Art. 21**

3. Verfügungsbeschränkung, Meldepflicht (Überschrift geändert)

## **Art. 22 Abs. 1 (geändert)**

Einsprachen<sup>¶</sup>

1. Einsprachelegitimation (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Zur Einsprache ist neben der betroffenen Gemeinde legitimiert, wer vom Auflageprojekt berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse geltend machen kann oder wer nach Bundesrecht dazu legitimiert ist.

## **Art. 23 Abs. 2, Abs. 4 (neu)**

2. Einsprachefrist und -objekt-inhalt (Überschrift geändert)

<sup>2</sup> Es können geltend gemacht werden:

- a) **(geändert)** Einwände gegen das Auflageprojekt und die damit verbundenen Gesuche für weitere Bewilligungen sowie gegen eine allfällige vorgesehene Enteignung und deren Umfang;

<sup>4</sup> Wer keine Einsprache erhebt, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

## **Art. 24 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (neu)**

3. Einsprachebehandlung und Projektgenehmigung (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Die Regierung entscheidet über die Projekteinsprachen und die Genehmigung des Auflageprojektes in einem koordinierten Beschluss und erteilt in der Regel gleichzeitig die erforderlichen weiteren Bewilligungen. Bewilligungen und Pläne, die sich auf kommunales Recht stützen, sind nicht erforderlich.

<sup>3</sup> Die Projektgenehmigung erlischt, wenn die Bauarbeiten nicht innert zehn Jahren nach Eintritt der Rechtskraft begonnen werden.

---

### **Art. 25 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

<sup>1</sup> ~~Bewirkt der Genehmigungsentscheid der Regierung eine wesentliche Ergänzung oder Änderung des Auflageprojektes, ist dafür Ergeben sich aus den Einsprachen und Stellungnahmen geringfügige Projektanpassungen, kann die Projektgenehmigung mit Auflagen verbunden werden. Bei wesentlicheren Ergänzungen oder Änderungen ist eine neue Auflage durchzuführen, sofern nicht das vereinfachte Verfahren anwendbar ist.~~

<sup>2</sup> ~~Werden nach dem Genehmigungsentscheid wesentliche Projektänderungen erforderlich, ist gleich zu verfahren die Projektänderung öffentlich aufzulegen, sofern nicht das vereinfachte Verfahren anwendbar ist.~~

### **Art. 26 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)**

<sup>1</sup> ~~Bei örtlich begrenzten Projekten oder Projektänderungen, die wenige, eindeutig bestimmbare Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer betreffen, keine schutzwürdigen Interessen Dritter berühren und sich nicht erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, kann auf die öffentliche Auflage verzichtet das vereinfachte Verfahren durchgeführt werden. Im Zweifelsfall wird das ordentliche Verfahren durchgeführt.~~

<sup>2</sup> ~~In solchen Fällen gibt das Im vereinfachten Verfahren entfällt die öffentliche Auflage. Das Tiefbauamt gibt das Projekt oder die Projektänderung den der Gemeinde, betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie betroffenen und Dritten schriftlich bekannt. Diese können innert 30 Tagen beim Tiefbauamt die Projektunterlagen einsehen und Einsprache erheben. Falls diese nicht schriftlich zustimmen, wird ihnen eine Einsprachefrist von 30 Tagen eingeräumt.~~

<sup>3</sup> ~~Der Gemeinde ist Die Projektunterlagen stehen den Betroffenen während der Einsprachefrist zur Einsicht offen. Die Bestimmungen über das Projekt oder Einspracheverfahren und die Projektänderung zur Kenntnis zu bringen Wirkung der Projektgenehmigung gelten sinngemäss.~~

<sup>4</sup> ~~Für das Einspracheverfahren und die Projektgenehmigung gelten sinngemäss die Artikel 22, 23, 24 und 27 Wird ein öffentlich aufgelegtes Projekt vor dem Genehmigungsentscheid im vereinfachten Verfahren geändert, wird dieses der Regierung zusammen mit den entsprechenden Änderungen zur Genehmigung vorgelegt.~~

<sup>5</sup> ~~Die Projektgenehmigung entfällt, wenn sämtliche Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer auf Liegen bei örtlich begrenzten Projekten die Einsprache verzichten und schriftlich ihr Einverständnis zum Projekt beziehungsweise zur Projektänderung erklären Zustimmungen gemäss Absatz 2 vor, entfällt die Projektgenehmigung durch die Regierung.~~

### **Art. 29 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> ~~Die für den Bau, Unterhalt und Betrieb Unterhalt der Kantonsstrassen erforderlichen dinglichen Rechte an Grundstücken sowie weitere Rechte werden nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungs- und Raumplanungsrechts erworben.~~

---

## Art. 30

*Aufgehoben*

## Art. 32 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

Übertragung auf Gemeinden Zuständigkeit (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> ~~Das Tiefbauamt kann den Gemeinden~~ Der Kanton ist für den Unterhalt einzelner Strecken von der Kantonsstrassen ganz oder teilweise übertragen zuständig.

<sup>2</sup> ~~Die Einzelheiten, namentlich der Leistungsinhalt und -umfang sowie die Entschädigung, sind vertraglich zu regeln~~ Das Tiefbauamt kann den Gemeinden den Unterhalt einzelner Strecken von Kantonsstrassen ganz oder teilweise übertragen.

<sup>3</sup> Die Einzelheiten, namentlich der Leistungsinhalt und -umfang sowie die Entschädigung, sind vertraglich zu regeln.

## Art. 33

*Aufgehoben*

## Art. 34 Abs. 3 (geändert)

<sup>3</sup> Die Regierung kann Dritten die Offenhaltung von Kantonsstrassen mit Wintersperre gestatten, sofern sie Gewähr für einen einwandfreien Unterhalt fachlich und Betrieb-technisch einwandfreien Unterhalt sowie eine ausreichende Verkehrssicherheit bieten.

## Art. 35 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (neu)

<sup>2</sup> ~~Den Gemeinden obliegen auf den Innerortsstrecken:~~ Das Departement entscheidet über die Art der Schneeräumung der Kantonsstrassen. Für die Räumung innerorts sind die betroffenen Gemeinden anzuhören.

a) *Aufgehoben*

b) *Aufgehoben*

<sup>3</sup> ~~Der Kanton kann für die~~ Den Gemeinden den Streudienst obliegen auf Innerortsstrecken gegen Entschädigung übernehmen den Innerortsstrecken:

a) **(neu)** der Streudienst und die Beseitigung des Hartstreugutes auf und neben der Strasse;

b) **(neu)** die Abfuhr und Entsorgung von Schnee und Eis, die bei der Räumung anfallen.

<sup>4</sup> ~~Die Offenhaltung der öffentlichen Zufahrten und Zugänge an Kantonsstrassen obliegt inner- und ausserorts den Gemeinden~~ Der Kanton kann für die Gemeinden den Streudienst auf Innerortsstrecken gegen Entschädigung übernehmen.

<sup>5</sup> Die Offenhaltung der öffentlichen Zufahrten und Zugänge an Kantonsstrassen obliegt inner- und ausserorts den Gemeinden.

---

**Art. 37 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

Abwehr von Schaden und Gefahr

1. Schadenwehr (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> ~~Für die Brandbekämpfung sowie für die Öl- und Chemiewehr auf Kantonsstrassen können Stützpunkte errichtet werden.~~ Die Hilfeleistung bei Schadenereignissen auf dem kantonalen Strassennetz richtet sich nach den Bestimmungen der Brandschutzgesetzgebung.

<sup>2</sup> ~~Die Kosten der Massnahmen wer einen Einsatz zur Schadensbekämpfung können den Verursachern überbunden werden und -behebung verursacht, trägt grundsätzlich die Kosten dafür.~~

**Art. 37a (neu)**

2. Naturereignisse und andere Gefahren

<sup>1</sup> Zur Abwehr eines drohenden oder wachsenden Schadens im Zusammenhang mit Naturereignissen oder bei anderen schädigenden oder gefährdenden Einwirkungen auf die Kantonsstrassen ist das Tiefbauamt befugt, Grundeigentum Dritter zu betreten und die Gefahrenquelle ohne Verzug zu beseitigen.

**Art. 37b (neu)**

3. Sicherheitsholzerei und Gehölzpflege

<sup>1</sup> Entlang von Kantonsstrassen trägt grundsätzlich das Tiefbauamt die Verantwortung für die vorsorgliche Waldpflege zur Sicherheit der Strassen und zur Freihaltung der Sicht. Die Schutzwaldpflege ist hiervon ausgenommen.

<sup>2</sup> Das Tiefbauamt führt die nötigen Unterhaltsmassnahmen aus und trägt die entsprechenden Kosten, wobei ein allfälliger Holzerlös dem Kanton zusteht.

<sup>3</sup> Müssen Bäume gefällt werden, sind die betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer soweit möglich vorgängig zu informieren.

**Art. 38 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)**

Signalisation und Markierung Strassensignalisation (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> ~~Die Signalisation und Strassensignalisation umfasst die Markierung auf Signale und entlang von Kantonsstrassen obliegen dem Kanton.~~ Markierungen als technische Mittel zur Führung des Verkehrs.

<sup>2</sup> ~~Die Erstellungs- Erstellung und Unterhaltskosten für Signalisationen und Markierungen innerorts sind vom Kanton der Unterhalt der Signalisation von Kantonsstrassen, Fussgänger- und den Gemeinden im Umfang ihres Interesses zu tragen. Für Orts- und Strassenzustandstafeln trägt Radstreifen obliegen dem Kanton. Die erstmalige Signalisation von verkehrsberuhigenden Zonen ist Sache der Kanton diese Kosten allein Gemeinden.~~

---

<sup>3</sup> Die ~~Energiekosten für~~Regierung regelt die Signalisation innerorts ~~tragen die Auf-~~  
teilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden nach Massgabe ihrer Interes-  
senz.

**Art. 39 Abs. 1 (geändert)**

<sup>1</sup> Die Erstellung und der Unterhalt der Beleuchtung von Kantonsstrassen innerorts ist  
sind Sache der Gemeinden. Gleiches gilt für die Beleuchtung von Fussgängerstreifen  
inner- und ausserorts.

**Art. 42 Abs. 1 (geändert), Abs. 4 (neu)**

<sup>1</sup> Der Kanton ist befugt, die zum Schutz der Kantonsstrasse und ihrer Umgebung er-  
forderlichen Bauten und Anlagen ausserhalb des Strassengrundstückes zu erstellen;  
~~zu unterhalten und zu betreiben~~unterhalten.

<sup>4</sup> Aus den Anlagen erwirtschaftete Einkünfte sind nach dem Kostenverteilschlüssel  
für die Unterhaltsarbeiten gemäss Absatz 3 aufzuteilen.

**Art. 44 Abs. 3 (geändert), Abs. 5 (neu)**

<sup>3</sup> Für die Projektierung ~~sowie~~und den Bau ~~und~~ Unterhalt der Kantonsstrassen sind  
die erforderlichen Vorbereitungs-handlungen ~~wie~~ Begehungen, Geländeaufnahmen,  
Sondierungen, Aussteckungen und Vermessungen in der Regel ohne Entschädigung  
zu dulden. Gleiches gilt für die mit Unterhaltsarbeiten verbundene Beanspruchung  
von Grundstücken Dritter.

<sup>5</sup> Bei Arbeiten gemäss den Absätzen 2 bis 4 sind die betroffenen Grundeigentümerin-  
nen und Grundeigentümer soweit möglich vorgängig zu informieren.

**Art. 44a (neu)**

Bauten und Anlagen in, auf und über Kantonsstrassen

<sup>1</sup> Veränderungen der Kantonsstrasse oder ihrer Bestandteile durch Dritte erfordern  
eine Bewilligung des Tiefbauamtes, namentlich die Errichtung oder Anpassung fol-  
gender Bauten und Anlagen:

- a) Verkehrsknoten, inklusive Abbiegestreifen;
- b) Anlagen des Langsamverkehrs;
- c) bauliche Verkehrsberuhigungsmassnahmen;
- d) Parkfelder, Haltebuchten;
- e) Gestaltung von Strassenoberflächen;
- f) Leitungen;
- g) Über- und Unterführungen sowie Fussgängerschutzinseln;
- h) Busspuren.

<sup>2</sup> Die Kosten für die Erstellung, Änderung, Erneuerung und den Unterhalt von Bau-  
ten und Anlagen gemäss Absatz 1 sowie anderer Kreuzungsanlagen tragen grund-  
sätzlich deren Verursacher.

---

<sup>3</sup> Gesuchstellende können verpflichtet werden, freie Rohranlagen und andere Bestandteile der Strasse zu nutzen. Die Nutzung ist angemessen zu entschädigen.

#### **Art. 45 Abs. 1 (geändert)**

Bauten-, Anlagen und Anlagen~~Bepflanzungen~~ an Kantonsstrassen¶

##### 1. Grundsatz (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Bei der Erstellung sowie bei wesentlichen Umgestaltungen oder Nutzungsänderungen von Bauten und Anlagen an Kantonsstrassen sind angemessene Abstände einzuhalten.~~Die Regierung regelt~~ Gleiches gilt für die Einzelheiten~~Pflanzung von Bäumen und Sträuchern~~.

#### **Art. 46 Abs. 2 (geändert)**

2. Anpassung bestehender Bauten und Anlagen (Überschrift geändert)

<sup>2</sup> Werden diese Bauten und Anlagen wesentlich umgestaltet oder wesentlich anders genutzt, oder wird deren Bausubstanz im Rahmen einer Erneuerung überwiegend ersetzt, sind sie einschliesslich allfälliger Anbauten auf den vorgeschriebenen Abstand zurückzusetzen.

#### **Art. 47 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)**

Ausnahmebewilligungen~~3. Näherbaurechte~~ (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Das Departement kann Ausnahmen von der Einhaltung der vorgeschriebenen Abstände gestatten.~~Ausnahmen~~ Näherbaurechte sind insbesondere möglich in Ortschaften mit geschlossener Bauweise, zur Erhaltung wertvoller Ortsteile, beim Vorliegen von anderen besonderen Verhältnissen oder in Härtefällen, sofern dadurch die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

<sup>2</sup> ~~Ausnahmebewilligungen können~~ Die Bewilligung eines Näherbaurechts kann mit einem Mehrwert- oder Beseitigungsrevers versehen werden.

#### **Art. 48 Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)**

4. Bauliche Anforderungen (Überschrift geändert)

<sup>2</sup> Sofern die Verkehrssicherheit es erfordert, kann von den Eigentümerinnen und Eigentümern der anstossenden Grundstücke ~~gegen Entschädigung~~ die Anpassung oder Beseitigung von ~~unter altem Recht erstellten beziehungsweise angebrachten~~ Bauten, Anlagen und Bepflanzungen verlangt werden.

<sup>3</sup> Wurde die Errichtung der Bauten, Anlagen und Bepflanzungen vorbehaltlos genehmigt oder erfolgte sie zu einem Zeitpunkt, als noch keine oder abweichende Abstandsvorschriften galten, ist die verlangte Anpassung oder Beseitigung zu entschädigen.

#### **Art. 49**

5. Anpassungsarbeiten (Überschrift geändert)

---

## **Art. 50 Abs. 1 (geändert)**

### **6. Verbot von Beeinträchtigungen (Überschrift geändert)**

<sup>1</sup> Bauten, Anlagen und Bepflanzungen entlang der Kantonsstrassen müssen so erichtet, instand gehalten und gepflegt werden, dass aus ihrem Bestand keine Nachteile und Gefahren für diese Strassen und die Verkehrsteilnehmenden entstehen.

## **Art. 51 Abs. 3 (geändert)**

Anschluss an Kantonsstrasse¶

### **1. Grundsatz (Überschrift geändert)**

<sup>3</sup> Erfordert es die Verkehrssicherheit, sind von den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern auf eigene Kosten Massnahmen hinsichtlich des Standortes des Anschlusses sowie der Art und Ausgestaltung des Anschlusses Verkehrsknotens zu treffen.

## **Art. 52**

### **2. Bewilligung von Anschlüssen (Überschrift geändert)**

## **Art. 53 Abs. 1 (geändert)**

### **3. Anpassungspflicht (Überschrift geändert)**

<sup>1</sup> Wird ein bestehender Anschluss an die Kantonsstrasse durch Neubauten oder Nutzungsänderungen wesentlich mehr belastet, kann der Kanton von den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verlangen, dass sie den Anschluss Verkehrsknoten auf eigene Kosten an die geänderten Verhältnisse anpassen.

## **Art. 54**

### **4. Beschränkung und Aufhebung (Überschrift geändert)**

## **Art. 55 Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)**

<sup>3</sup> Er legt mit dem Budget den ordentlichen Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung fest. Dieser Beitrag beträgt mindestens 25 Prozent und höchstens 75 Prozent der Verkehrssteuern. Bei positivem Abschluss der Erfolgsrechnung kann der Grosse Rat zusätzliche Beiträge zum Abbau der Strassenschuld beschliessen. Bei Vorliegen eines Strassenvermögens von mindestens 50 Mio. Franken kann der Grosse Rat den Mindestbeitrag reduzieren.

<sup>4</sup> Die Strassenschuld ist auf 250 Mio. Franken und das Strassenvermögen auf 100 Mio. Franken begrenzt.

## **Art. 56 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die Aufwendungen der Strassenrechnung werden insbesondere finanziert durch:

- 
- b) **(geändert)** Verkehrssteuern sowie übrige Abgaben, und Ordnungsbussen, nach Abzug der Aufwendungen für das Strassenverkehrsamt und für die verkehrsbezogenen Aufgaben der Kantonspolizei;

**Art. 58 Abs. 1, Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (neu)**

Kantonsbeiträge¶

1. Grundsatz (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Der Kanton kann Beiträge zwischen 5 und 50 Prozent an die anrechenbaren Kosten leisten:

- a) **(geändert)** für den Bau ~~und die Signalisation~~ von Anlagen des Langsamverkehrs ~~(ohne Gehwege), sofern sie den Vorgaben der Regierung entsprechen so wie für die Erstellung und Erhaltung derer Signalisation (ohne Gehwege);~~
- e) **(geändert)** für den Bau und die Erneuerung von Abwasserleitungen, die auch der Ableitung des Wassers von Kantonsstrassen dienen;
- f) **(geändert)** für den Bau, die Erstellung, Änderung sowie den baulichen und die Instandsetzung ~~ausserordentlichen betrieblichen~~ Unterhalt von Wildbachverbauungen, Entwässerungen, Aufforstungen, Lawinerverbauungen, Geschiebesammlern und anderen Anlagen, die auch dem Bestand und der Sicherheit der Kantonsstrassen dienen;
- g) **(geändert)** für die Offenhaltung von Kantonsstrassen durch Dritte im Winter;
- h) *Aufgehoben*

<sup>3</sup> Überwiegt das Interesse des Kantons an der Realisierung einer Anlage, kann die Regierung die Beiträge gemäss Absatz 1 ~~im Einzelfall~~ angemessen erhöhen.

<sup>4</sup> Die Beiträge nach Absatz 1 können angemessen herabgesetzt werden, wenn die Kosten, für die sie geleistet werden, auf eine Vernachlässigung des Unterhalts zurückzuführen sind.

**Art. 59a (neu)**

2. Beiträge an Stützpunktfeuerwehren zur Strassenrettung

<sup>1</sup> Für die Ausrüstung und Ausbildung von Stützpunktfeuerwehren zur Strassenrettung kann der Kanton Beiträge von höchstens 80 Prozent der anrechenbaren Kosten leisten.

<sup>2</sup> Dienen die Ausrüstung und Ausbildung von Stützpunktfeuerwehren ausschliesslich der Strassenrettung auf Kantonsstrassen, können die Beiträge bis auf 100 Prozent der anrechenbaren Kosten erhöht werden.

**Art. 61 Abs. 1 (geändert)**

Gebühren¶

1. Bewilligungen (Überschrift geändert)

<sup>1</sup> Der Kanton erhebt Gebühren ~~zwischen 50 und bis~~ 25 000 Franken für:

- 
- a) **(geändert)** Benützigungen der ~~Kantonsstrasse~~, Strassengrundstücke und der Nebenanlagen der Nationalstrassen, die über den Gemeindegebrauch hinausgehen;
  - d) **(geändert)** Bewilligungen von Strassenreklamen;
  - f) **(neu)** Bewilligungen von Pflanzen bei Unterschreitung der Pflanzabstände.

#### **Art. 61a (neu)**

##### 2. Konzessionen

<sup>1</sup> Der Kanton ist berechtigt, für die Erteilung, Änderung und Übertragung von Konzessionen Gebühren zu erheben.

<sup>2</sup> Die Höhe der Konzessionsgebühren richtet sich insbesondere nach:

- a) dem Verkehrswert des Grundstücks;
- b) dem Ausmass der beanspruchten Fläche;
- c) der Art der Benützung und dem daraus erwachsenden Vorteil für den Konzessionär;
- d) der mit der Sondernutzung verbundenen Einschränkung des Gemeindegebrauchs.

## **II.**

Keine Fremdänderungen.

## **III.**

Keine Fremdaufhebungen.

## **IV.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

---

## Lescha davart las vias dal chantun Grischun (LVias)

Midada dals [Data]

---

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov: –  
Midà: **807.100**  
Aboli: –

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...

concluda:

### I.

Il relasch "Lescha davart las vias dal chantun Grischun (LVias)" DG [807.100](#)  
(versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

**Art. 1 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (aboli), al. 4 (aboli)**

Champ d'applicaziun e princips (**Titel midà**)

<sup>1</sup> Questa lescha regla la projectaziun, la construcziun, il mantegniment, l'utilisaziun e la finanziaziun da las vias chantunales e ~~da sco er~~ las ~~sendas en~~ sendas en cumpetenzas e las incumbensas areguard il chantun Grischun traffic betg motorisà.

<sup>2</sup> ~~Las vias chantunales e lur indrizs tecnicis ston vegnir projectads, construids, mantegnids e tegnids en funcziun tenor ils princips da la persistenza~~ Ella vegn applitgada subsidiarmain per las vias naziunalas.

<sup>3</sup> ~~aboli~~

<sup>4</sup> ~~aboli~~

---

**Art. 2 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (aboli), al. 4 (aboli)**

**CumpetenzasPrincipis (Titel midà)**

<sup>1</sup> La regenza ha Las vias chantunales e lur indrizs tecnicos ston vegnir projectads, construids e mantegnids tenor ils principis da la surveglianza suprema dals fatgs persistenza, da la segirezza, da vias dal chantun, la rentabilitad e da la protecziun da l'ambient.

<sup>2</sup> Per exequir il mantegniment dal manaschi-La coordinaziun da las vias naziunalas ed il mantegniment architectonichechantunales cun las ulteriuras incumbensas da las vias naziunalas che na fa betg part d'in project sco er per ulteriuras incumbensas-vischnancas, dal chantun e da la confederaziun che han in effect sin il territori succeda en quest sectur è la regenza autorisada da far cunvegns da prestaziun cun la confederaziunprocedura chantunala dal plan directiv.

<sup>3</sup> *aboli*

<sup>4</sup> *aboli*

**Art. 3 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (nov), al. 4 (nov)**

**Categorias da vias e da sendasCumpetenzas (Titel midà)**

<sup>1</sup> Las vias vegnan partidas en vias naziunalas, en vias chantunales ed en-La regenza ha la surveglianza suprema dals fatgs da vias communalas sco er en vias privatas per il diever generaldal chantun.

<sup>2</sup> Las sendas vegnan partidas-Per reglar incumbensas en vias-il sectur da velo,las vias da chavaltgar, passapes ed en vias e sendas da viandar naziunalas po ella far cunvegns da prestaziun cun la confederaziun.

<sup>3</sup> Il departament surveglia la projectaziun, la construcziun ed il mantegniment da las vias chantunales e fa la polizia da construcziun da vias.

<sup>4</sup> Al departament è suttamess l'uffizi chantunal da construcziun bassa (uffizi da construcziun bassa) sco post spezialisà per ils fatgs da vias, per il traffic betg motorisà e per la correcziun dals curs d'aua.

**Art. 4 al. 1 (midà), al. 2 (nov), al. 3 (nov)**

**ViasVias chantunales (Titel midà)**

<sup>1</sup> Tar la via tutgan:Sco vias chantunales valan las vias principalas e las vias da colliaziun. Ellas èn proprietad dal chantun ed èn suttamessas a sia suveranità.

a) *aboli*

b) *aboli*

<sup>2</sup> Vias principalas èn quels stabiliments che la regenza ha designà sco talas, spezialmain ils stabiliments per il traffic surregional.

<sup>3</sup> Las vias da colliaziun èn tut las autras vias chantunales.

**Art. 5 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (aboli)**

**Vias chantunalesCunpomentas da la via chantunala (Titel midà)**

---

~~<sup>1</sup> Sco vias chantunalas valan las vias principalas e las vias da colliaziun. Ellas èn proprietad dal chantun ed èn suttamessas a sia suveranità. Tar la via chantunala tutgan:~~

- a) ~~(nov)~~ tut las surfatschas per il traffic che circulescha, inclusiv vials da velo;
- b) ~~(nov)~~ tut ils edifizis e tut ils stabiliments entaifer ed ordaifer la zona da la via che servan a la concepziun tecnica da la via, ad utilisar la via conform a l'intent ed a segirar la via ubain ch'èn necessaris per proteger ils conturns, però betg edifizis e stabiliments da terzas persunas.

~~<sup>2</sup> Las vias principalas èn ils stabiliments per il traffic designads da la regenza, spezialmain ils stabiliments per il traffic da transit surregiunal cun componentas da la via chantunala èn proprietad dal chantun, nun ch'i vegnian constituids auters dretgs.~~

~~<sup>3</sup> aboli~~

#### **Art. 6 al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà), al. 7 (aboli)**

~~<sup>2</sup> Il chantun coordinescha la planisaziun e la construcziun dals stabiliments d'interess chantunal. La regenza fixescha las raits da vias e sendas e correspondentas suenter avair tadlà en collavuraziun cun las vischnancas e las regiuns.~~

~~<sup>3</sup> Il chantun procura ensemen. Las vischnancas projecteschan, construeschan e mantegnan ils stabiliments cun resalva da las vischnancas per obligaziun chantunalas. L'uffizi da construcziun bassa coordinescha la signalisaziun dals stabiliments en l'interess chantunal planisaziun, la construcziun e la signalisaziun.~~

~~<sup>4</sup> Las vischnancas projecteschan, construeschan e mantegnan ils stabiliments. En cas da stabiliments per lung da las vias chantunalas che servan a distgargiar quellas, po il chantun surpigliar la funcziun da patrun da construcziun.~~

~~<sup>7</sup> aboli~~

#### **Art. 7 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà), al. 5 (midà), al. 6 (midà)**

Dretg d'ina via chantunala<sup>¶</sup>

##### **1. princips (Titel midà)**

<sup>1</sup> Il chantun renda accessibla mintga vischnanca cun ina via chantunala, nun ch'i saja avant maun in'avertura tras ina via naziunala equivalenta.

<sup>2</sup> Se l'ina vischnanca fusiunescha e daventa ina fraenziun il medem dretg vala er per l'access d'ina nova vischnanca, mantegna ella ses dretg d'avertura per l'anteriur abitadi principal fraenziun communal, sche almain 30 persunas cun domicil stabel abitan là.

<sup>3</sup> Il medem dretg sco fraenziun communal vala er per l'access d'ina fraenziun communal, sche almain 30 persunas cun domicil stabel abitan là ina gruppa da chasas creschida istoricain ch'è separada clerain da l'abitadi principal da la vischnanca u in abitadi sparpaglià cun in'avertura principala communal.

---

~~4 Sco fraenziun communal-Il dretg d'avertura d'ina vischnanca vala ina grupp-a fin a la fin da chasas creschida istoricamain ch'è separada cleramain da l'abitadi principal- l'abitadi principal, quel d'ina fraenziun communal fin là, nua che la via serva a l'avertura da la vischnanca u in abitadi sparpaglia cun in'avertura principal communal- la maioritad da las abitantas e dals abitants da la fraenziun.~~

~~5 Tar ina Sch'ina vischnanca tanscha la colliaziun cun ina via chantunala fin la fin da l'abitadi principal- fusiunescha e tardaventa ina fraenziun communal fin là, nua ch'ella serva a l'avertura da la maioritad da las abitantas e dals abitants da la fraenziun d'ina nova vischnanca, mantegna ella ses dretg d'avertura per l'anteriur abitadi principal.~~

~~6 Tar la realisaziun d'in sviament chantunal sto la vischnanca surpigliar l'anteriura colliaziun. Ella ha- vinavant il dretg d'ina suletta colliaziun chantunala fin al cumenzament dal vitg. Questa colliaziun vegn fixada da la regenza suenter avair tadlà la vischnanca.~~

#### **Art. 8 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 4 (midà)**

##### **Reconuschientscha~~2.~~ integraziun en la rait da vias chantunalas (Titel midà)**

~~1 La reconuschientscha- L'integraziun d'ina via chantunala en la rait da vias chantunalas premetta ch'igl existia il dretg d'ina via chantunala ch'è sco ch'el è reglà en l'artitgel 7 l'artitgel 7.~~

~~2 Il dumber minimal d'abitantas e d'abitants tenor l'artitgel 7 alinea 3 l'artitgel 7 alinea 2 sto vegnir cumprovà durant 3 onns consecutivs.~~

~~4 La reconuschientscha succedea tras L'integraziun vegn fatga da la regenza. La via vegn surpigliada dal chantun sco proprietad.~~

#### **Art. 9 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 6 (midà)**

##### **Abjudicaziun~~3.~~ exclusiun da la rait da vias chantunalas (Titel midà)**

~~1 L'abjudicaziun d'ina via chantunala premetta ch'il Sch'il dretg d'ina via chantunala tenor l'artitgel 7 n'existia betg pli- l'artitgel 7 scroda u ehesche la via hajaha pers ses intent sco via chantunala, vegn ella esclusa da la rait da vias chantunalas.~~

~~2 Il dumber minimal d'abitantas e d'abitants tenor l'artitgel 7 alinea 3 l'artitgel 7 alinea 2 sto esser sutpassà durant 3 onns consecutivs.~~

~~6 L'abjudicaziun- L'exclusiun vegn fatga tras la regenza suenter avair tadlà la vischnanca. La via vegn cedida a la vischnanca sco proprietad.~~

#### **Art. 10 al. 3 (midà)**

##### **Permissiun~~4.~~ permissiun d'ina outra colliaziun (Titel midà)**

~~3 La permissiun d'ina outra colliaziun chantunala succedea tras- vegn dada da la regenza suenter avair tadlà la vischnanca.~~

---

**Art. 12 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà)**

<sup>1</sup> Mintga utilisaziun che surpasa il diever general da las zonas da via u dals stabiliments accessorics da vias chantunalas naziunalas basegna ina permissiun da l'uffizi da construcziun bassa.

<sup>2</sup> Ina concessiun da la regenza è necessaria per utilisaziuns da la-las zonas da via u dals stabiliments accessorics da vias naziunalas ch'èn spezialmain intensivhas e da lunga durada.

<sup>3</sup> Tgi che basegna ina permissiun ed ina concessiun sto restituir tut ils custs ~~ch'èn resultads~~ che resultan per il chantun pervia da l'utilisaziun da ~~la-las~~ zonas da via u dals stabiliments accessorics da vias naziunalas. Las utilisadras ed ils utilisaders pon vegnir obligads da pajar prestaziuns anticipadas e prestaziuns da garanzia.

**Art. 15 al. 3 (midà)**

<sup>3</sup> La regenza relascha directivas concernent mesiras per quietar il traffic en il sector entaifer il vitg da vias chantunalas. En quest connex ~~sto vegnir preni resguard sin la funcziun da la via~~ vegn fatga la differenza tranter vias ch'èn orientadas al traffic e sin vias ch'èn orientadas a l'abitadi, e quai resguardond lur funcziun e las relaziuns localas.

**Art. 17 al. 2 (midà)**

Lingias da construcziun¶

1. intent e vigur lianta (Titel midà)

<sup>2</sup> Sche las vischnancas fixeschan lingias da construcziun u lingias da furmaziun per construir en il sector da vias chantunalas, ston ellas l'emprim coordinar quellas cun l'uffizi da construcziun bassa. Envers vias chantunalas èn liantas mo lingias da construcziun e lingias da furmaziun per construir che la regenza ha approvà.

**Art. 18**

Permissiuns 2. permissiuns excepziunalas (Titel midà)

**Art. 19**

Project d'exposiziun¶

1. elements (Titel midà)

**Art. 20 al. 1 (midà), al. 3 (midà)**

Exposiziun 2. exposiziun publica (Titel midà)

<sup>1</sup> Il departament expone ~~publicamain~~ il project d'exposiziun, las dumondas per ulteriuras permissiuns che ston vegnir coordinadas sco er in eventual rapport davart la cumpatibilitad ecologica, e quai durant 30 dis publicamain en las vischnancas pertutgadas. Ils uffizis pertutgads vegnan tadlads en il rom d'ina procedura da cunrapport.

---

~~3 Durant~~ Per la durada da l'exposiziun ston vegnir stajadas sche pussaivel en il territorien l'axa da la via inditgond las autezzas, e las sco er eventualas lingias da construcziun. L'axa da la via sto vegnir marcada, inditgond la differenza d'autezza tranter il terren existent ed il terren projectà.

## Art. 21

~~Restricziun~~ 3. restricziun dal dretg da disponer, obligaziun d'annunzia (**Titel midà**)

## Art. 22 al. 1 (midà)

~~Legitimaziun~~ Protestas<sup>1</sup>

1. legitimaziun da far protesta (**Titel midà**)

<sup>1</sup> Tgi ch'è, Il dretg da far protesta ha ultra da la vischnanca, pertutgà pertutgada, tgi ch'è tangà dal project d'exposiziun e po far valair in interess degn da vegnir protegi; è u tgi ch'è legitimà tenor il dretg federal da far protesta.

## Art. 23 al. 2, al. 4 (nov)

~~Termin ed object~~ 2. termin e cuntegn da la protesta (**Titel midà**)

<sup>2</sup> I pon vegnir fatgas valair:

a) (**midà**) resalvas cunter il project d'exposiziun e cunter las dumondas per ulteriuras permissiuns ch'èn colliadas cun quel sco er cunter in'eventuala expropriaziun in'expropriaziun prevista e cunter sia dimensiun;

<sup>4</sup> Tgi che na fa betg protesta, è exclus da l'ulteriura procedura.

## Art. 24 al. 1 (midà), al. 3 (nov)

~~Tractament~~ 3. tractament da las protestas ed approvaziun dal project (**Titel midà**)

<sup>1</sup> La regenza decida davart las protestas cunter il project e davart l'approvaziun dal project d'exposiziun en in conclus coordinà e conceda per regla il medem mument las ulteriuras permissiuns necessarias. Permissiuns e plans che sa basan sin dretg communal n'èn betg necessaris.

<sup>3</sup> L'approvaziun dal project scada, sche las lavurs da construcziun na cumenzan betg entaifer 10 onns suenter l'entrada en vigur.

## Art. 25 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

<sup>1</sup> Sche la decisiun d'approvaziun Sch'i resultan da las protestas e da la regenza chaschuna ina cumplettaziun u ina midada fundamentala dal project d'exposiziun, las posiziuns adattaziuns minimalas dal project, po quel vegnir approvà cun cundiziuns. En cas da cumplettaziuns u d'adattaziuns pli essenzialas sto vegnir fatga ina nova exposiziun per quest intent, nun che la procedura simplifitgada saja applitgabila.

---

~~<sup>2</sup> Sche Sch'igl è necessari da far midadas essenzialas vi dal project daventan necessarias sunter la decisiun d'approvaziun, sto la midada da project vegnir procedi en medema moda exponida publicamain, nun che la procedura simplifitgada saja applitgaba.~~

**Art. 26 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà), al. 5 (midà)**

~~<sup>1</sup> Sche projects limitads localmain En cas da projects u sehedà midadas dalda project limitadas localmain pertutgan che sa restrenschan ad in tschert territori po vegnir applitgada la procedura simplifitgada, sche paucas proprietarias e paucs proprietaris da bains immobigliars eh'ins po determinar cleramain, ch'èn cleramain determinabels èn pertutgads, sche quels na tutgan nagins interess da terzas personas eh'èn degns da vegnir protegids n'èn tangads e sche quels n'hansch'i na resultan naginas consequenzas considerablas per il spazi uterritori e per l'ambient, poi vegnir desisti. En cas da l'exposiziun publicadubi vegn fatga la procedura ordinaria.~~

~~<sup>2</sup> En tals cas communitgescha l'uffizi la procedura simplifitgada croda davent l'exposiziun publica. L'uffizi da construcziun bassa il project a infurmescha la midada da project a vischnanca, las proprietarias ed alsils proprietaris da bains immobigliars seo er a pertutgads e terzas personas pertutgadas. Entaifer 30 dis pon davart il project u davart la midada da project. Sche quellas e quels prender invista dals documents dal project tar l'uffizi da construcziun bassa e far na dattan betg il consentiment en scrit, survegnan ellas ed els in termin da protesta da 30 dis.~~

~~<sup>3</sup> H'ls documents dal project n'èn accessibels a las parts pertutgadas durant il termin da protesta. Las disposiziuns davart la midada procedura da project sto vegnir communitgà a la vischnanca protesta e davart l'effect da l'approvaziun dal project valan conform al senn.~~

~~<sup>4</sup> Per la procedura da protesta e per l'approvaziun dal project valan ils artitgels 22, 23, 24 e 27 conform al senn Sch'in project exponi publicamain vegn midà en ina procedura simplifitgada avant la decisiun d'approvaziun, vegn quel preschentà a la regenza ensemen cun las midadas correspondentas per l'approvaziun.~~

~~<sup>5</sup> L'approvaziun dal project seada, sche tut las proprietarias e sche tut ils proprietaris da bains immobigliars desistan da la protesta e decleran en scrit lur consentiment per il Sch'ls consentiments tenor l'aleina 2 èn avant maun per projects che sa restrenschan ad in tschert territori, croda davent l'approvaziun dal project respectivamain per tras la midada da project regenza.~~

**Art. 29 al. 1 (midà)**

~~<sup>1</sup> Ils dretgs reals vi dals bains immobigliars, ils quals èn necessaris per construir, per mantegnair e per tegnair en funeziun mantegnair las vias chantunalas, sco er ulteriurs dretgs; vegnan acquistads tenor las disposiziuns dal dretg chantunal d'expropriaziun e davart la planisaziun dal territori.~~

**Art. 30**

*aboli*

---

**Art. 32 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (nov)**

~~Delegaziun a las vischnancas~~Cumpetenz (Titel midà)

<sup>1</sup> ~~L'uffizi da construcziun bassa po delegar~~ Il chantun è cumpetent per part u dal tuttatafag il mantegniment da singuls trajects da la via chantunala a las vischnancas vias chantunalas.

<sup>2</sup> ~~Il detagls, spezialmain il cuntegn e la dimensiun da las prestaziuns sco er l'indemnisaziun, ston vegnir reglads en moda contractuala~~L'uffizi da construcziun bassa po delegar per part u dal tuttatafag il mantegniment da singuls trajects da la via chantunala a las vischnancas.

<sup>3</sup> ~~Il detagls, spezialmain il cuntegn e la dimensiun da las prestaziuns sco er l'indemnisaziun, ston vegnir reglads en moda contractuala.~~

**Art. 33**

*aboli*

**Art. 34 al. 3 (midà)**

<sup>3</sup> ~~La regenza po permetter a terzas personas da tegnair avert vias chantunalas; ch'èn serradas durant l'envern, sche quellas garanteschon ch'il mantegniment e la funeziun sajan irreproschabel~~saja tecnicamain e professionalmain irreproschabel sco er che la segirezza dal traffic saja sufficienta.

**Art. 35 al. 2 (midà), al. 3 (midà), al. 4 (midà), al. 5 (nov)**

<sup>2</sup> ~~Entaifer il departament decida davart la moda da rumir la naiv sin las vias chantunalas. Per rumir la naiv entaifer il vitg è ston vegnir consultadas las vischnancas obligadas~~pertutgadas.

a) *aboli*

b) *aboli*

<sup>3</sup> ~~Cunter ina indemnisaziun po~~ Entaifer il chantun surpigliar per la vischnanca il servetsch da sterner sin ils trajects entaifer il vitg ~~è ston vegnir consultadas las vischnancas obligadas:~~

a) **(nov)** da procurar per il servetsch da sterner e d'allontanar il sternim da la via e sper la via;

b) **(nov)** d'allontanar e da dismetter la naiv ed il glatsch che pervegnan da la rumida.

<sup>4</sup> ~~Igl è chaussa da las vischnancas da tegnair liber las entradas ed ils access publics per lung~~ Cunter ina indemnisaziun po il chantun surpigliar per la vischnanca il servetsch da las vias chantunalas entaifer ed ordaifer sterner sin ils trajects entaifer il vitg.

<sup>5</sup> ~~Igl è chaussa da las vischnancas da tegnair liber las entradas ed ils access publics per lung da las vias chantunalas entaifer ed ordaifer il vitg.~~

---

**Art. 37 al. 1 (midà), al. 2 (midà)**

Cumbatter cunter donns e privels¶

**1. cumbatter cunter donns (Titel midà)**

<sup>1</sup> ~~Per cumbatter ficus seo er per~~L'agid en cas da donns sin la distanza d'ielì e da chemia sin rait da vias chantunalas ~~sa drizza tenor las vias chantunalas pon vegnir ereadas basadisposiziuns da la legislaziun davart la protecziun cunter incendis.~~

<sup>2</sup> ~~His custs da las mesiras~~Tgi che chaschuna ina intervenziun per cumbatter ~~ils donns pon vegnir adossads a las chaschunadras ed als chaschunaderse per eliminar in donn, sto da princip surpigliar ils custs respectivs.~~

**Art. 37a (nov)**

2. eveniments da la natira ed auters privels

<sup>1</sup> Per cumbatter cunter in donn smanatschant u creschent en connex cun eveniments da la natira u en cas d'auters effects nuschaivels u periclitants sin las vias chantunalas, è l'uffizi da construcziun bassa autorisà da metter pe sin la proprietar fünsila da terzas persunas e d'eliminar immediatamain il privel.

**Art. 37b (nov)**

3. pinar laina per segirezza e tgirar la bostgaglia

<sup>1</sup> Per lung da vias chantunalas è da princip l'uffizi da construcziun bassa responsabel per la tgira preventiva dal guaud per segirar las vias e per tegnair libra la vista. La tgira dal guaud da protecziun è esclusa da quai.

<sup>2</sup> L'uffizi da construcziun bassa exequescha las mesiras da mantegniment necessarias e surpiglia ils custs correspundents. In eventual retgav da la vendita da laina tutga al chantun.

<sup>3</sup> Sch'i ston vegnir pinads bostgs, ston vegnir infurmads – sche pussaivel ordavant – las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars pertutgads.

**Art. 38 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (midà)**

Signalisaziun e marcaziun da las vias (Titel midà)

<sup>1</sup> La signalisaziun e la marcaziun sin e per lung da ~~da las vias cumpiglia ils signals e las vias chantunalas èn chaussa dal chantun~~marcaziuns sco meds tecnicos per diriger il traffic.

<sup>2</sup> ~~His custs per plazzar e per mantegnair signalisaziuns e marcaziuns entaifer il vitg ston vegnir surpigliads dal chantun e~~La realisaziun ed il mantegniment da la signalisaziun da las vias chantunalas, da las strivlas melnas e dals vials da las vischnancas tenor lur interess. His custs per las tavlas dal lieu e velo èn chaussa dal chantun. L'emprima signalisaziun da zonas per las tavlas dal stadi quietar il traffic è chaussa da las vias surpiglia il chantun suletvischnancas.

---

<sup>3</sup> ~~His custs d'energia per La regenza regla la signalisaziun entaifer il vitg vegnan surpigliads da repartiziun dals custs tranter ils chantuns e las vischnancas a norma da lur interess.~~

#### **Art. 39 al. 1 (midà)**

<sup>1</sup> Las vischnancas èn responsablas per installar e per mantegnair l'illuminaziun sin las vias chantunalas entaifer il vitg. Il medem vala per l'illuminaziun da strivlas melnas entaifer ed ordaifer ils vitgs.

#### **Art. 42 al. 1 (midà), al. 4 (nov)**

<sup>1</sup> Il chantun è autorisà da construir, ~~da mantegnair~~ e da ~~tegnair en funeziun mantegnair~~ edifizis e stabiliments ordaifer la zona da la via ch'èn necessariis per proteger la via chantunala ed il cuntum.

<sup>4</sup> Entradas che vegnan realisadas cun ils stabiliments ston vegnir repartidas tenor la clav da repartiziun dals custs per las lavurs da mantegniment tenor l'alineia 3.

#### **Art. 44 al. 3 (midà), al. 5 (nov)**

<sup>3</sup> Per la projectaziun ~~seo er e~~ per la construcziun ~~e per il mantegniment~~ da las vias chantunalas ston vegnir toleradas las accziuns preparatoricas necessarias ~~seo inspeeziuns, registraziuns dal territori, sondaziuns, stajaziuns e mesiraziuns per regla senza indemnisaziun~~ per regla senza indemnisaziun per regla senza indemnisaziun. Il medem vala per l'utilisaziun da bains immobigliars da terzas persunas en connex cun las lavurs da mantegniment.

<sup>5</sup> En cas da lavurs tenor ils alineas 2 fin 4 ston vegnir infurmads – sche pussaivel ordavant – las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars pertutgads.

#### **Art. 44a (nov)**

Edifizis e stabiliments en, sin e sur las vias chantunalas

<sup>1</sup> Midadas da la via chantunala u da sias cumponentas tras terzas persunas ston vegnir permessas da l'uffizi da construcziun bassa, en spezial la construcziun u l'adattaziun dals suandants edifizis e stabiliments:

- a) punct central da traffic, inclusiv ils vials per midar direcziun;
- b) stabiliments dal traffic betg motorisà;
- c) mesiras architectonicas per quietar il traffic;
- d) plazzas da parcadi e da fermada;
- e) concepziun da surfatschas da vias;
- f) conducts;
- g) surpassadis e sutpassadis sco er inslas per las pedunas ed ils peduns;
- h) vials da bus.

<sup>2</sup> Ils custs per construir, per midar, per renovar e per mantegnair edifizis e stabiliments tenor l'alineia 1 sco er auters indrizs da cruschar ston da princip vegnir surpigliads da las chaschunadras e dals chaschunaders.

---

<sup>3</sup> Las petentas ed ils petents pon vegnir obligads da duvrar conducts libers ed autras componentas da la via. Il diever sto vegnir indemnissà en moda adequata.

#### **Art. 45 al. 1 (midà)**

Edifizis e stabiliments ed emplantaziuns per lung da las vias chantunalas 1. princip (Titel midà)

<sup>1</sup> Tar la construcziun sco er tar transformaziuns u midadas essenzialas da l'intent d'edifizis e da stabiliments per lung da las vias chantunalas ston vegnir resguardadas distanzas adequatas. La regenza regla ils detagls Il medem vala per emplantar bostgs e chaglias.

#### **Art. 46 al. 2 (midà)**

Adattaziun2. adattaziun d'edifizis e da stabiliments existents **(Titel midà)**

<sup>2</sup> Sche quests edifizis e quests stabiliments vegnan transformads essenzialmain u vegnan utilisads essenzialmain per in auter intent; ubain sche lur substanza architectonica vegn remplazzada per gronda part en il rom d'ina renovaziun, ston els – inclusiv eventualas construcziuns annexas – vegnir spustads enavos sin la distanza prescritta.

#### **Art. 47 al. 1 (midà), al. 2 (midà)**

Permissiuns excepziunalas3. dretgs da construir pli damanaivel **(Titel midà)**

<sup>1</sup> Il departament po permetter excepziuns areguard l'observaziun da las distanzas prescrittas. Excepziuns- Dretgs da construir pli damanaivel en pussaivlas pussaivels cunzunt en vitgs cun ina moda da construcziun serrada, per mantegnair parts dal vitg preziasas, en cas d'autras relaziuns spezialas u en cas gravants, premess che la segirezza dal traffic na vegnia betg restrenschiada tras quai.

<sup>2</sup> Permissiuns excepziunalas pon- La permissiun d'in dretg da construir pli damanaivel po vegnir eolliadascolliada cun ina clausula da plivalur u cun ina clausula d'allontanaziun.

#### **Art. 48 al. 2 (midà), al. 3 (nov)**

Pretensiuns4. pretensiuns architectonicas **(Titel midà)**

<sup>2</sup> Sch'igl è necessari per motivs da la segirezza dal traffic, po vegnir pretendi da las proprietarias e dals proprietaris dals bains immobigliars cunfinants che edifizis e stabiliments eh'en vegnids construids respectivamain- ed emplantaziuns eh'en vegnidas plantadas tenor il dretg vegl, vegnian adattads u allontanads cunter ina indemnissaziun.

<sup>3</sup> Sch'igl è vegni approvà senza resalvas da construir edifizis e stabiliments sco er da far emplantaziuns u sche quai è vegni fatg, cura ch'i na valevan anc naginas prescripziuns da distanza u cura ch'i valevan anc autras prescripziuns da distanza, sto l'adattaziun u l'allontanament pretendi vegnir indemnissà.

---

## Art. 49

Lavurs5. lavurs d'adattaziun (Titel midà)

## Art. 50 al. 1 (midà)

Scumond6. scumond da restricziuns (Titel midà)

<sup>1</sup> Edifizis, stabiliments ed emplantaziuns per lung da las vias chantunalas ston vegnir construïds u plantads, mantegnids e cultivads uschia ch'els na chaschunan nagins dischavantatgs e privels per questas vias, per sias utilisadras e per ses utilisaders.

## Art. 51 al. 3 (midà)

Access a la via chantunala¶

1. princip (Titel midà)

<sup>3</sup> Sche la segirezza dal traffic pretenda quai, ston las proprietarias ed ils proprietaris da bains immobigliars prender sin agens custs mesiras areguard il lieu da l'access sco er areguard il tip ed areguard la concepziun dal punct central da l'accesstraffic.

## Art. 52

Permissiun2. permissiun d'access (Titel midà)

## Art. 53 al. 1 (midà)

Obligaziun3. obligaziun d'adattaziun (Titel midà)

<sup>1</sup> Sch'in access existent a la via chantunala survegn ina chargia supplementara considerabla tras edifizis novs u tras midadas da l'intent, po il chantun pretender da las proprietarias e dals proprietaris da dals bains immobigliars ch'els adattian l'access il punct central da traffic sin agens custs a las relaziuns midadas.

## Art. 54

Restricziun4. restricziun ed aboliziun (Titel midà)

## Art. 55 al. 3 (midà), al. 4 (midà)

<sup>3</sup> Cun il preventivpreventiv fixescha el la contribuziun ordinaria or da meds publics generals per il quint da las vias. Questa contribuziun importa minimalmain 25 e maximalmain 75 pertschient da la taglia da traffic. En cas d'in quint economic positiv po il cussegl grond concluder contribuziuns supplementaras per reducir il debit da las vias. Sch'igl è avant maun ina facultad da las vias d'almain 50 milliuns francs, po il cussegl grond reducir la contribuziun minimala.

<sup>4</sup> Il debit da las vias è limità a 250 milliuns francs, la facultad da las vias è limitada a 100 milliuns francs.



- 
- a) **(midà)** utilisaziuns da ~~la~~ las zonas da via chantunale ~~e~~ dals stabiliments accessorics da las vias naziunalas che surpissan il diever general;
- f) **(nov)** permissiuns da plantas en cas che las distanzas da las emplantaziuns vegnan sutpassadas.

**Art. 61a (nov)**

2. concessiuns

<sup>1</sup> Il chantun è autorisà d'incassar taxas per dar, per midar e per transferir concessiuns.

<sup>2</sup> L'autezza da las taxas da concessiun sa drizza en spezial tenor:

- a) la valor commerziala dal bain immobigliar;
- b) la dimensiun da la surfatscha utilisada;
- c) il gener da l'utilisaziun e l'avantatg che resulta da quella per la concessiunaria u il concessiunari;
- d) la restricziun dal diever general ch'è colliada cun l'utilisaziun speziala.

**II.**

Naginas midadas en auters relaschs.

**III.**

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

**IV.**

Questa revisiun parziala è suttamesa al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

---

## Legge stradale del Cantone dei Grigioni (LStr)

Modifica del [Data]

---

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –  
Modificato: **807.100**  
Abrogato: –

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

### I.

L'atto normativo "Legge stradale del Cantone dei Grigioni (LStr)" CSC [807.100](#) (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

**Art. 1 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (abrogato), cpv. 4 (abrogato)**

~~Campo di applicazione e principi d'applicazione~~ **(titolo modificato)**

<sup>1</sup> La presente legge disciplina la progettazione, la costruzione, la manutenzione, l'utilizzo e il finanziamento delle strade cantonali, ~~nonché le competenze e dei sentieri nel Cantone dei Grigioni~~ compiti in relazione al traffico non motorizzato.

<sup>2</sup> ~~La progettazione, la costruzione, la manutenzione e la gestione delle~~ Essa si applica in via sussidiaria alle strade cantonali e delle sue installazioni tecniche devono essere eseguite secondo i principi della continuità nazionali.

<sup>3</sup> *Abrogato*

<sup>4</sup> *Abrogato*

---

**Art. 2 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (abrogato), cpv. 4 (abrogato)**

**CompetenzePrincipi (titolo modificato)**

<sup>1</sup> Il Governo esercita l'alta vigilanza sulle La progettazione, la costruzione e la manutenzione delle strade cantonali e delle loro installazioni tecniche devono essere eseguite secondo i principi della durevolezza, della sicurezza, dell'economicità e del rispetto dell'ambiente.

<sup>2</sup> Il Governo è autorizzato a stipulare accordi di prestazione coordinamento delle strade cantonali con la Confederazione per l'esecuzione della manutenzione d'esercizio ed edilizia, non legata a progetti, delle strade nazionali, nonché per altri compiti in questo settore e gli altri compiti d'incidenza territoriale dei comuni, del Cantone e della Confederazione avviene nella procedura cantonale di allestimento del piano di rettore.

<sup>3</sup> *Abrogato*

<sup>4</sup> *Abrogato*

**Art. 3 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (nuovo), cpv. 4 (nuovo)**

**Categorie di strade e sentieriCompetenze (titolo modificato)**

<sup>1</sup> Le strade si suddividono in strade nazionali, cantonali e comunali, nonché in Il Governo esercita l'alta vigilanza sulle strade private di uso pubbliche cantonali.

<sup>2</sup> I sentieri si suddividono in piste ciclabili, piste Esso può stipulare accordi di prestazioni con la Confederazione per cavalli, mareiapiedi, percorsi pedonali e sentieri escursionistici e disciplinare compiti nel settore delle strade nazionali.

<sup>3</sup> Il Dipartimento vigila sulla progettazione, sulla costruzione e sulla manutenzione delle strade cantonali, nonché sulla polizia delle costruzioni stradali.

<sup>4</sup> L'Ufficio tecnico cantonale (Ufficio tecnico) è subordinato al Dipartimento quale servizio specializzato per le strade, il traffico non motorizzato e le opere idrauliche.

**Art. 4 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (nuovo), cpv. 3 (nuovo)**

**StradaStrade cantonali (titolo modificato)**

<sup>1</sup> Fanno parte della strada: Le strade principali e le strade di collegamento sono considerate strade cantonali. Esse sono di proprietà e sotto la sovranità del Cantone.

a) *abrogata*

b) *abrogata*

<sup>2</sup> Sono strade principali gli impianti designati come tali dal Governo, in particolare quelli per il traffico interregionale.

<sup>3</sup> Sono strade di collegamento tutte le altre strade cantonali.

**Art. 5 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (abrogato)**

**Strade cantonaliElementi della strada cantonale (titolo modificato)**

---

<sup>1</sup> Le strade principali e le strade di collegamento sono considerate strade cantonali. Esse sono di proprietà e sotto la sovranità del Cantone. Fanno parte della strada cantonale:

- a) **(nuova)** tutte le superfici per la circolazione in movimento, ivi incluse le corsie ciclabili;
- b) **(nuova)** tutte le costruzioni e gli impianti all'interno e all'esterno della sede stradale necessari alla strutturazione tecnica, all'uso conforme alla destinazione e alla sicurezza della strada o alla protezione dei dintorni, tuttavia non le costruzioni e gli impianti di terzi.

<sup>2</sup> Sono strade principali gli impianti designati dal Governo, in particolare quelli per il traffico di transito interregionale. Gli elementi della strada cantonale sono di proprietà del Cantone, salvo che non siano costituiti diritti differenti.

<sup>3</sup> *Abrogato*

**Art. 6 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato), cpv. 7 (abrogato)**

<sup>2</sup> Il Cantone coordina la pianificazione e la costruzione degli impianti di interesse cantonale. Il Governo stabilisce le rispettive reti stradali dopo aver sentito in collaborazione con i comuni e le regioni.

<sup>3</sup> Il Cantone provvede, insieme ai comuni, i comuni provvedono alla progettazione, alla costruzione e alla segnaletica e manutenzione degli impianti di interesse cantonale, fatti salvi gli obblighi cantonali. L'Ufficio tecnico coordina la progettazione, la costruzione e la segnaletica.

<sup>4</sup> I comuni provvedono alla progettazione, alla costruzione e alla manutenzione degli impianti. Il Cantone può fungere da committente in caso di impianti lungo strade cantonali che servono a sgravare queste ultime.

<sup>7</sup> *Abrogato*

**Art. 7 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato), cpv. 5 (modificato), cpv. 6 (modificato)**

Diritto ad una strada cantonale<sup>¶</sup>

#### 1. Principi (titolo modificato)

<sup>1</sup> Il Cantone collega ogni comune con una strada cantonale, se non è disponibile un collegamento con una strada nazionale equivalente.

<sup>2</sup> Se in seguito a un'aggregazione un comune diventa Lo stesso diritto vale anche per il collegamento di una frazione di un nuovo comune, il suo diritto a un collegamento permane per il precedente insediamento principale se essa conta almeno 30 persone con domicilio permanente.

---

<sup>3</sup> ~~Lo stesso diritto vale anche per il collegamento di una frazione di un~~ Per frazione si intende un gruppo di case chiaramente isolato dall'insediamento principale del comune se essa conta almeno 30 persone con domicilio permanente, sviluppatosi nel corso del tempo, o un insediamento sparso lungo un collegamento principale comune.

<sup>4</sup> ~~Per frazione si intende il diritto di un gruppo comune a disporre di case chiaramente isolato dall'insediamento principale del comune, sviluppatosi nel corso del tempo, o un insediamento sparso lungo un collegamento è dato fino alla fine dell'insediamento principale, quello per una frazione fino al punto entro il quale la strada garantisce il collegamento principale comune della maggioranza delle e degli abitanti della frazione.~~

<sup>5</sup> ~~Il collegamento ad una strada cantonale arriva per~~ Se in seguito a un'aggregazione un comune fino alla fine dell'insediamento principale e per una diventa frazione fino al punto entro di un nuovo comune, il quale viene garantito il suo diritto a un collegamento della maggioranza delle e degli abitanti della frazione permane per il precedente insediamento principale.

<sup>6</sup> In caso di realizzazione di una circonvallazione locale cantonale, il comune deve rilevare il collegamento esistente. Esso ha diritto ad un unico collegamento cantonale fino all'inizio della località, che viene stabilito dal Governo dopo aver sentito il comune.

#### **Art. 8 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 4 (modificato)**

##### Riconoscimento 2. Inserimento nella rete di strade cantonali (titolo modificato)

<sup>1</sup> ~~Il riconoscimento quale~~ L'inserimento di una strada cantonale nella rete di strade cantonali presuppone l'esistenza del diritto ad un collegamento cantonale disciplinato nell'articolo 7 ~~articolo 7.~~

<sup>2</sup> Il numero minimo di abitanti secondo l'~~articolo 7 capoverso 3~~ articolo 7 capoverso 2 deve essere ~~comprovato~~ dimostrato per tre anni consecutivi.

<sup>4</sup> ~~Il riconoscimento~~ L'inserimento avviene ad opera del Governo. Il Cantone rileva la strada in proprietà.

#### **Art. 9 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 6 (modificato)**

##### Diseonoscimento 3. Esclusione dalla rete delle strade cantonali (titolo modificato)

<sup>1</sup> ~~Il diseonoscimento di una strada cantonale presuppone che sia venuto meno~~ Se il diritto ad un collegamento cantonale secondo l'articolo 7 o che conformemente all'articolo 7 viene meno oppure se la strada abbia perso il suo scopo quale di strada cantonale, essa viene esclusa dalla rete delle strade cantonali.

<sup>2</sup> Per tre anni consecutivi il numero di abitanti deve essere inferiore al numero minimo stabilito nell'~~articolo 7 capoverso 3~~ articolo 7 capoverso 2.

<sup>6</sup> ~~Il diseonoscimento~~ L'esclusione avviene ad opera del Governo, dopo aver sentito il comune. La strada viene ceduta in proprietà al comune.

---

**Art. 10 cpv. 3 (modificato)**

4. Autorizzazione di un altro collegamento (titolo modificato)

<sup>3</sup> L'autorizzazione di un altro collegamento cantonale avviene ad opera del Governo, dopo aver sentito il comune.

**Art. 12 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)**

<sup>1</sup> ~~Qualsiasi utilizzo delle~~ qualsiasi utilizzo della sede stradale o degli impianti accessori di strade cantonali nazionali che eccede l'uso pubblico necessita di un'autorizzazione dell'Ufficio tecnico.

<sup>2</sup> Una concessione del Governo è necessaria per utilizzi della ~~strada~~ sede stradale o degli impianti accessori di strade nazionali particolarmente intensi a lungo termine.

<sup>3</sup> I titolari di un'autorizzazione o di una concessione devono rimborsare tutte le spese risultanti al Cantone da un utilizzo della ~~strada~~ sede stradale o degli impianti accessori di strade nazionali. Essi possono essere obbligati ad anticipi e prestazioni di garanzia.

**Art. 15 cpv. 3 (modificato)**

<sup>3</sup> Per la zona interna all'abitato di strade cantonali, il Governo emana direttive per misure di moderazione del traffico. ~~Si deve avere riguardo per la~~ Tenendo conto della loro funzione e della strada situazione locale, si distingue tra strade orientate al traffico e la situazione locale ~~strade orientate all'insediamento.~~

**Art. 17 cpv. 2 (modificato)**

Linee di arretramento¶

1. Scopo e carattere vincolante (titolo modificato)

<sup>2</sup> Se i comuni stabiliscono delle linee di arretramento o di allineamento nell'area di strade cantonali, essi devono prima concordarle con l'Ufficio tecnico. Nei confronti di strade cantonali sono vincolanti unicamente linee di arretramento o di allineamento approvate dal Governo.

**Art. 18**

2. Autorizzazioni d'eccezione (titolo modificato)

**Art. 19**

Progetto ~~di~~ d'esposizione¶

~~-esposizione~~ 1. Elementi (titolo modificato)

**Art. 20 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)**

2. Esposizione pubblica (titolo modificato)

---

<sup>1</sup> Il Dipartimento pubblica espone pubblicamente per 30-giorni nei comuni interessati il progetto d'esposizione nei comuni, le domande per altre autorizzazioni che necessitano di coordinamento nonché un eventuale rapporto d'impatto ambientale. Gli uffici interessati vengono ascoltati nel quadro di una procedura di corapporto.

<sup>3</sup> Durante l'esposizione pubblica, con il picchettamento, Per quanto possibile, durante l'esposizione pubblica devono essere resi visibili i livelli dell'asse con il picchettamento nel terreno l'asse stradale e le eventuali linee di arretramento. L'asse stradale deve essere demarcato con l'indicazione della differenza di livelli tra il terreno esistente e quello progettato.

## Art. 21

3. Restrizione della facoltà di disporre, obbligo di notifica **(titolo modificato)**

## Art. 22 cpv. 1 (modificato)

### Opposizioni

1. Legittimazione a presentare opposizione **(titolo modificato)**

<sup>1</sup> Oltre al comune interessato, è legittimato a presentare opposizione chi è chiunque sia interessato dal progetto d'esposizione e chi è in grado di possa far valere un interesse degno di protezione o chiunque vi sia autorizzato in base al diritto federale.

## Art. 23 cpv. 2, cpv. 4 (nuovo)

2. Termine e oggetto contenuto dell'opposizione **(titolo modificato)**

<sup>2</sup> Si possono far valere:

- a) **(modificata)** obiezioni al progetto d'esposizione; e alle relative domande per ulteriori autorizzazioni, nonché ad un eventuale a una prevista espropriazione e alla sua estensione;

<sup>4</sup> Chi non presenta opposizione, è escluso dal seguito della procedura.

## Art. 24 cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (nuovo)

3. Evasione delle opposizioni e approvazione del progetto **(titolo modificato)**

<sup>1</sup> Il Governo decide sulle opposizioni contro il progetto e sull'approvazione del progetto d'esposizione in un decreto coordinato e di norma rilascia contemporaneamente le altre autorizzazioni necessarie. Autorizzazioni e piani basati sul diritto comunale non sono necessari.

<sup>3</sup> L'approvazione del progetto si estingue se i lavori di costruzione non vengono iniziati entro dieci anni dal passaggio in giudicato.

---

### **Art. 25 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)**

<sup>1</sup> Se la decisione di approvazione del Governo comporta un completamento o una modifica sostanziale dalle opposizioni e dalle prese di posizione risultano adeguamenti di poco conto del progetto, l'approvazione del progetto può essere vincolata a condizioni. In caso di esposizione, completamenti o modifiche più sostanziali si deve essere fatta procedere a una nuova esposizione, se non è applicabile la procedura semplificata.

<sup>2</sup> Se dopo la decisione di approvazione si rendono necessarie modifiche sostanziali del progetto, deve essere applicata la stessa la modifica del progetto va esposta pubblicamente, se non è applicabile la procedura semplificata.

### **Art. 26 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato), cpv. 5 (modificato)**

<sup>1</sup> In caso di progetti limitati territorialmente o modifiche di progetto limitate limitati territorialmente che interessano un numero esiguo e chiaramente identificabile di proprietari dei fondi fondiari, non toccano interessi di terzi degni di protezione e non hanno conseguenze rilevanti per lo spazio il territorio e l'ambiente, si può rinunciare all'esposizione pubblica e svolgere la procedura semplificata. In casi dubbi viene svolta la procedura ordinaria.

<sup>2</sup> In tali casi l'Ufficio tecnico comunica per iscritto. Nella procedura semplificata viene meno l'esposizione pubblica. L'Ufficio tecnico rende noto il progetto o la modifica del progetto al comune, ai proprietari dei fondi, nonché fondiari interessati e a terzi interessati che entro 30 giorni possono prendere visione della documentazione relativa al progetto presso l'Ufficio tecnico e presentare opposizione. Qualora questi non diano il loro consenso scritto, viene loro concesso un termine d'opposizione di 30 giorni.

<sup>3</sup> Il comune deve essere informato del. Gli interessati possono prendere visione della documentazione relativa al progetto o della modifica durante il periodo d'opposizione. Fanno stato per analogia le disposizioni sulla procedura d'opposizione e sugli effetti dell'approvazione del progetto.

<sup>4</sup> Per la procedura di opposizione e la. Se un progetto esposto pubblicamente viene modificato in procedura semplificata prima della decisione di approvazione si applicano per analogia gli articoli 22, 23, 24 e 27, esso viene presentato al Governo per approvazione insieme alle corrispondenti modifiche.

<sup>5</sup> L'approvazione del progetto viene meno se tutti i proprietari dei fondi rinunciano all'opposizione e dichiarano per iscritto il loro consenso al. Se in caso di progetti limitati territorialmente sono dati i consensi conformemente al capoverso 2, non è necessaria l'approvazione del progetto rispettivamente alla modifica da parte del progetto Governo.

---

### Art. 29 cpv. 1 (modificato)

<sup>1</sup> ~~I~~ I diritti reali su fondi, necessari per la costruzione, ~~la manutenzione e la gestione~~ manutenzione delle strade cantonali, nonché altri diritti vengono acquisiti in base alle disposizioni del diritto sull'espropriazione e sulla pianificazione territoriale.

### Art. 30

*Abrogato*

### Art. 32 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (nuovo)

Delega ai comuni Competenza (titolo modificato)

<sup>1</sup> ~~L'Ufficio tecnico può delegare totalmente o parzialmente ai comuni~~ Il Cantone è competente per la manutenzione di singoli tratti di ~~delle~~ strade cantonali.

<sup>2</sup> ~~I dettagli, in particolare il contenuto e l'estensione delle prestazioni, nonché l'indennizzo, devono essere disciplinati contrattualmente~~ L'Ufficio tecnico può delegare totalmente o parzialmente ai comuni la manutenzione di singoli tratti di strade cantonali.

<sup>3</sup> I dettagli, in particolare il contenuto e l'estensione delle prestazioni, nonché l'indennizzo, devono essere disciplinati contrattualmente.

### Art. 33

*Abrogato*

### Art. 34 cpv. 3 (modificato)

<sup>3</sup> Il Governo può autorizzare terzi a mantenere aperte strade cantonali; con chiusura invernale, purché essi garantiscano una manutenzione ~~e un esercizio ineccepibili~~, ineccepibile dal punto di vista specialistico e tecnico, nonché una sicurezza sufficiente della circolazione.

### Art. 35 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato), cpv. 5 (nuovo)

<sup>2</sup> ~~Sui tratti interni all'abitato competono ai~~ Il Dipartimento decide in merito al tipo di sgombero della neve per le strade cantonali. Per lo sgombero all'interno dell'abitato vanno sentiti i comuni interessati.

a) *abrogata*

b) *abrogata*

<sup>3</sup> ~~Dietro indennizzo il Cantone può assumere per i~~ Sui tratti interni all'abitato competono ai comuni il servizio di spargimento sui tratti interni all'abitato.

a) **(nuova)** il servizio di spargimento del sale e di rimozione del ghiaietto dalla strada e accanto ad essa;

b) **(nuova)** la rimozione e lo smaltimento della neve e del ghiaccio che risultano dallo sgombero.

---

~~4 Lo sgombero degli accessi carrabili e pedonali pubblici alle strade cantonali all'interno e all'esterno dell'abitato compete ai comuni. Dietro indennizzo il Cantone può assumere per i comuni il servizio di spargimento sui tratti interni all'abitato.~~

5 Lo sgombero degli accessi carrabili e pedonali pubblici alle strade cantonali all'interno e all'esterno dell'abitato compete ai comuni.

### **Art. 37 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)**

Difesa da sinistri e pericoli

#### 1. Lotta contro i danni sinistri (titolo modificato)

~~1 Per la lotta antincendio, nonché per la difesa dalla fuoriuscita di idrocarburi e di sostanze chimiche su strade cantonali possono essere create delle basi stradali si conforma alla legislazione in materia di protezione antincendio.~~

~~2 Le spese per le misure volte alla chi cagiona un intervento per la lotta contro i danni possono essere addebitate a chi le causa e per la loro eliminazione, se ne assume di principio i costi.~~

### **Art. 37a (nuovo)**

#### 2. Eventi naturali e altri pericoli

<sup>1</sup> Per prevenire un danno incombente o crescente in relazione a eventi naturali o in caso di altri influssi nocivi o pericolosi sulle strade cantonali, l'Ufficio tecnico è autorizzato ad accedere alla proprietà fondiaria di terzi e ad allontanare senza indugio la fonte di pericolo.

### **Art. 37b (nuovo)**

#### 3. Taglio di alberi per motivi di sicurezza e cura di alberi e boschi

<sup>1</sup> In linea di principio, è l'Ufficio tecnico a essere responsabile della preventiva cura del bosco lungo le strade cantonali al fine di garantire la sicurezza delle strade e una visuale libera. È esclusa la cura dei boschi di protezione.

<sup>2</sup> L'Ufficio tecnico esegue le necessarie misure di manutenzione e si assume i costi corrispondenti, eventuali ricavi dalla vendita del legno spettano al Cantone.

<sup>3</sup> Se devono essere abbattuti degli alberi, per quanto possibile occorre informare preventivamente i proprietari fondiari.

### **Art. 38 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (modificato)**

Posa della segnaletica e demarcazione Segnaletica stradale (titolo modificato)

~~1 La posa della segnaletica e la demarcazione sulle strade cantonali, nonché lungo le stesse competono al Cantone. La segnaletica stradale comprende i segnali e le demarcazioni quali mezzi tecnici per la gestione del traffico.~~

---

<sup>2</sup> ~~Le spese per l'installazione~~ La realizzazione e la manutenzione della segnaletica e delle demarcazioni all'interno dell'abitato sono a carico del Cantone sulle strade cantonali e le corsie per pedoni e dei comuni in misura dei rispettivi interessi. ~~Il Cantone si assume da solo queste spese per i cartelli~~ ciclisti competono al Cantone. La prima posa di segnaletica di località e zone per quelli indicanti lo stato della strada ~~la moderazione del traffico compete ai comuni.~~

<sup>3</sup> ~~Le spese di energia elettrica per la segnaletica all'interno dell'abitato sono a carico dei comuni~~ Il Governo disciplina la ripartizione dei costi tra Cantone e comuni in ragione del rispettivo grado di interesse.

#### **Art. 39 cpv. 1 (modificato)**

<sup>1</sup> L'installazione e la manutenzione dell'illuminazione delle strade cantonali interne all'abitato competono ai comuni. Lo stesso vale per l'illuminazione di strisce pedonali all'interno e al di fuori dell'abitato.

#### **Art. 42 cpv. 1 (modificato), cpv. 4 (nuovo)**

<sup>1</sup> ~~Il Cantone è autorizzato a provvedere alla costruzione, alla manutenzione e alla gestione~~ manutenzione all'esterno della sede stradale delle costruzioni e degli impianti necessari alla protezione della strada cantonale e dei suoi dintorni.

<sup>4</sup> Proventi conseguiti grazie agli impianti vanno suddivisi secondo la chiave di ripartizione dei costi per lavori di manutenzione conformemente al capoverso 3.

#### **Art. 44 cpv. 3 (modificato), cpv. 5 (nuovo)**

<sup>3</sup> ~~Per la progettazione, nonché e per la costruzione e la manutenzione~~ delle strade cantonali devono essere tollerate, di regola senza indennizzo, le necessarie azioni preparatorie, ~~come sopralluoghi, rilievi topografici, sondaggi, picchettamenti e misurazioni.~~ Lo stesso vale per l'occupazione di fondi di terzi associata a lavori di manutenzione.

<sup>5</sup> Nel caso di lavori di cui ai capoversi da 2 a 4, occorre per quanto possibile informare preventivamente i proprietari fondiari.

#### **Art. 44a (nuovo)**

Costruzioni e impianti in, su e sopra strade cantonali

<sup>1</sup> Modifiche da parte di terzi alla strada cantonale o a suoi elementi richiedono un'autorizzazione dell'Ufficio tecnico, in particolare la realizzazione o l'adeguamento delle costruzioni e degli impianti seguenti:

- a) nodi di traffico, incluse corsie di preselezione;
- b) impianti per il traffico non motorizzato;
- c) misure edilizie di moderazione del traffico;
- d) posti di parcheggio, piazzole di fermata;
- e) configurazione di superfici stradali;
- f) condotte;

- 
- g) cavalcavia e sottopassaggi nonché isole pedonali;  
h) corsie per i bus.

<sup>2</sup> I costi per la realizzazione, la modifica, il rinnovo e la manutenzione di costruzioni e impianti conformemente al capoverso 1, nonché di altri impianti per l'incrocio sono di principio a carico di chi li cagiona.

<sup>3</sup> I richiedenti possono essere obbligati a utilizzare condutture libere e altri elementi della strada. L'utilizzo va adeguatamente indennizzato.

#### **Art. 45 cpv. 1 (modificato)**

Costruzioni ed impianti e piantagioni lungo le strade cantonali<sup>¶</sup>

##### 1. Principio (titolo modificato)

<sup>1</sup> Per la realizzazione, nonché per trasformazioni o modifiche di utilizzazione sostanziali di costruzioni ed impianti lungo le strade cantonali devono essere osservate distanze adeguate. ~~Il Governo disciplina i dettagli~~ Lo stesso vale per la piantagione di alberi e arbusti.

#### **Art. 46 cpv. 2 (modificato)**

2. Adeguamento di costruzioni ed impianti esistenti (titolo modificato)

<sup>2</sup> Se queste costruzioni ed impianti subiscono trasformazioni o modifiche dell'utilizzazione sostanziali; oppure la loro sostanza edificata viene prevalentemente sostituita nel quadro di un rinnovo, devono essere arretrati insieme ~~ad~~ eventuali costruzioni annesse fino alla distanza prescritta.

#### **Art. 47 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)**

Autorizzazioni d'~~eccezione~~ 3. Diritti di costruzione a distanza ridotta (titolo modificato)

<sup>1</sup> Il Dipartimento può autorizzare eccezioni al rispetto delle distanze prescritte. ~~Le eccezioni~~ I diritti di costruzione a distanza ridotta sono possibili in modo particolare nel caso di località ad architettura chiusa, di salvaguardia di pregevoli parti di un luogo, di altre condizioni particolari o in casi di rigore, qualora non compromettano la sicurezza della circolazione.

<sup>2</sup> ~~Le autorizzazioni d'eccezione possono~~ L'autorizzazione di un diritto di costruzione a distanza ridotta può essere provvista di una clausola sul plusvalore o di eliminazione.

#### **Art. 48 cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (nuovo)**

4. Requisiti edilizi (titolo modificato)

<sup>2</sup> Nella misura in cui la sicurezza della circolazione lo richieda, può essere ~~pretesa dietro indennizzo~~ preteso dai proprietari dei fondi confinanti l'adeguamento o la rimozione di costruzioni, impianti e piantagioni ~~costruiti rispettivamente realizzati in base al vecchio diritto.~~

---

<sup>3</sup> Se la realizzazione delle costruzioni, degli impianti e delle piantagioni è stata approvata senza riserve oppure è avvenuta in un momento in cui non vi erano prescrizioni sulla distanza o queste erano differenti, l'adeguamento o la rimozione pretesi devono essere indennizzati.

#### **Art. 49**

5. Lavori di adeguamento (**titolo modificato**)

#### **Art. 50 cpv. 1 (modificato)**

6. Divieto di causare danni (**titolo modificato**)

<sup>1</sup> Le costruzioni, gli impianti e le piantagioni lungo le strade cantonali devono essere realizzati, mantenuti e curati in modo da non causare pregiudizi o pericoli per queste strade e i suoi utenti.

#### **Art. 51 cpv. 3 (modificato)**

Raccordo alla strada cantonale<sup>¶</sup>

1. Principio (**titolo modificato**)

<sup>3</sup> Se la sicurezza della circolazione lo esige, si deve pretendere dai proprietari dei fondi interessati l'adozione a proprie spese di misure relative all'ubicazione; del raccordo, al tipo e alla configurazione del raccordo nodo di traffico.

#### **Art. 52**

2. Autorizzazione di raccordi (**titolo modificato**)

#### **Art. 53 cpv. 1 (modificato)**

3. Obbligo di adeguamento (**titolo modificato**)

<sup>1</sup> Se un raccordo esistente alla strada cantonale deve sopportare molto più traffico in seguito a nuove costruzioni o modifiche dell'utilizzazione, il Cantone può pretendere dai proprietari dei fondi interessati che essi adeguino il raccordo nodo di traffico alle mutate condizioni a proprie spese.

#### **Art. 54**

4. Limitazione e soppressione (**titolo modificato**)

---

### Art. 55 cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (modificato)

<sup>3</sup> Esso stabilisce con il preventivo il sussidio ordinario dai fondi pubblici destinato al conto stradale. Questo sussidio ammonta almeno al 25 e al massimo al 75 -per cento delle imposte sulla circolazione. In caso di chiusura positiva del conto economico, il Gran Consiglio può concedere sussidi supplementari per ridurre il debito stradale. In presenza di un patrimonio stradale di almeno 50 milioni di franchi il Gran Consiglio può ridurre il sussidio minimo.

<sup>4</sup> Il debito stradale è limitato a 250- milioni di franchi e il patrimonio stradale a 100 milioni di franchi.

### Art. 56 cpv. 1

<sup>1</sup> Le spese del conto stradale vengono finanziate segnatamente mediante:

- b) **(modificata)** tasse di circolazione, nonché altri tributi, e multe disciplinari, dedotte le spese per l'Ufficio della circolazione e per i compiti della Polizia cantonale legati alla circolazione;

### Art. 58 cpv. 1, cpv. 3 (modificato), cpv. 4 (nuovo)

Sussidi cantionali<sup>1</sup>

#### 1. Principio (titolo modificato)

<sup>1</sup> Il Cantone può versare sussidi tra il 5 e il 50 per cento alle spese computabili:

- a) **(modificata)** per la costruzione ~~e la segnaletica~~ di impianti del traffico non motorizzato ~~(senza marciapiedi)~~, se corrispondono alle direttive del Governo nonché per la realizzazione e la manutenzione della relativa segnaletica (senza marciapiedi);
- e) **(modificata)** per la costruzione e il rinnovo di condotte di scarico che servono anche al deflusso dell'acqua delle strade cantionali;
- f) **(modificata)** per la costruzione, la modifica, nonché la manutenzione edilizia e la sistemazione-manutenzione d'esercizio straordinaria di arginature di torrenti, drenaggi, rimboschimenti, ripari antivalanghe, camere di ritenuta e altri impianti anch'essi necessari all'integrità e alla sicurezza delle strade cantionali;
- g) **(modificata)** per l'apertura invernale delle strade cantionali da parte di terzi;
- h) *abrogata*

<sup>3</sup> Se prevale l'interesse del Cantone alla realizzazione di un impianto, il Governo può aumentare ~~nel singolo caso~~ i sussidi conformemente al ~~capoverso 1~~ capoverso 1.

<sup>4</sup> I sussidi secondo il capoverso 1 possono venire adeguatamente ridotti, se le spese per le quali vengono versati sono dovute a una manutenzione inadeguata.

### Art. 59a (nuovo)

2. Contributi destinati a corpi pompieri dei centri di soccorso per il soccorso stradale

<sup>1</sup> Per l'equipaggiamento e la formazione di corpi pompieri dei centri di soccorso per il soccorso stradale, il Cantone può versare contributi fino a concorrenza dell'80 per cento dei costi computabili.

---

<sup>2</sup> Se l'equipaggiamento e la formazione di corpi pompieri dei centri di soccorso servono esclusivamente per il soccorso stradale su strade cantonali, i contributi possono essere aumentati fino al 100 per cento dei costi computabili.

### **Art. 61 cpv. 1 (modificato)**

Tasse<sup>¶</sup>

#### **1. Autorizzazioni (titolo modificato)**

<sup>1</sup> Il Cantone riscuote tasse ~~da 50 fino~~ a 25 000 franchi per:

- a) **(modificata)** utilizzazioni della ~~strada cantonale~~ sede stradale o degli impianti accessori di strade nazionali che eccedono l'uso pubblico;
- f) **(nuova)** autorizzazioni per piante in caso di mancato rispetto della distanza delle piante.

### **Art. 61a (nuovo)**

#### **2. Concessioni**

<sup>1</sup> Il Cantone ha il diritto di riscuotere tasse per il rilascio, la modifica e il trasferimento di concessioni.

<sup>2</sup> L'ammontare delle tasse di concessione si orienta in particolare:

- a) al valore venale del fondo;
- b) all'entità della superficie utilizzata;
- c) al tipo di utilizzazione e ai vantaggi che ne risultano per il concessionario;
- d) alla limitazione dell'uso pubblico risultante dall'uso particolare.

## **II.**

Nessuna modifica in altri atti normativi.

## **III.**

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

## **IV.**

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

## Geltendes Recht

### Strassengesetz des Kantons Graubünden (StrG)

Vom 1. September 2005 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden<sup>1)</sup>,

gestützt auf Art. 61 des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen<sup>2)</sup> und Art. 82 der Verfassung des Kantons Graubünden<sup>3)</sup>,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 12. April 2005<sup>4)</sup>,

beschliesst:

#### 1. Allgemeine Bestimmungen

##### Art. 1 Geltungsbereich und Grundsätze

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Projektierung, den Bau, den Unterhalt, die Benützung und die Finanzierung der Kantonsstrassen und Wege im Kanton Graubünden.

<sup>2</sup> Die Kantonsstrassen und ihre technischen Einrichtungen sind nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu projektieren, zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.

<sup>3</sup> Die Koordination der Kantonsstrassen mit den übrigen raumwirksamen Aufgaben der Gemeinden, des Kantons und des Bundes erfolgt im kantonalen Richtplanverfahren.

<sup>4</sup> Dieses Gesetz findet subsidiär auf die Nationalstrassen Anwendung.

##### Art. 2 Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Die Regierung übt die Oberaufsicht über das kantonale Strassenwesen aus.

<sup>2</sup> Die Regierung ist ermächtigt, für die Ausführung des betrieblichen und des projektfreien baulichen Unterhalts der Nationalstrassen sowie für weitere Aufgaben in diesem Bereich Leistungsvereinbarungen mit dem Bund abzuschliessen. \*

<sup>1)</sup> GRP 2005/2006, 380

<sup>2)</sup> SR [725.11](#)

<sup>3)</sup> BR [110.100](#)

<sup>4)</sup> Seite 321

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

<sup>3</sup> Das Departement übt die Aufsicht über die Projektierung, den Bau, den Unterhalt und die Strassenbaupolizei aus. \*

<sup>4</sup> Dem Departement ist das kantonale Tiefbauamt (Tiefbauamt) als Fachstelle für das Strassenwesen unterstellt. \*

### **Art. 3** Strassen- und Wegkategorien

<sup>1</sup> Die Strassen werden eingeteilt in National-, Kantons- und Gemeindestrassen sowie Privatstrassen im Gemeingebrauch.

<sup>2</sup> Die Wege werden eingeteilt in Rad-, Reit-, Geh-, Fuss- und Wanderwege.

### **Art. 4** Strasse

<sup>1</sup> Zur Strasse gehören:

- a) alle Flächen für den fliessenden und ruhenden Verkehr;
- b) sämtliche Bauten und Anlagen inner- und ausserhalb des Strassengrundstückes, welche der technischen Ausgestaltung, dem bestimmungsgemässen Gebrauch und der Sicherung der Strasse dienen oder zum Schutz der Umgebung erforderlich sind.

### **Art. 5** Kantonsstrassen

<sup>1</sup> Als Kantonsstrassen gelten die Haupt- und Verbindungsstrassen. Sie stehen im Eigentum und unter der Hoheit des Kantons.

<sup>2</sup> Hauptstrassen sind die von der Regierung bezeichneten Anlagen, insbesondere diejenigen für den überregionalen Durchgangsverkehr.

<sup>3</sup> Verbindungsstrassen sind alle anderen Kantonsstrassen.

### **Art. 6** Langsamverkehr

<sup>1</sup> Der Langsamverkehr umfasst insbesondere den Fussverkehr und das Wandern, das Radfahren sowie die Fortbewegung mit fahrzeugähnlichen Geräten.

<sup>2</sup> Der Kanton koordiniert die Planung und den Bau der Anlagen von kantonalem Interesse. Die Regierung legt die entsprechenden Wegnetze nach Anhören der Gemeinden und der Regionen fest.

<sup>3</sup> Der Kanton sorgt zusammen mit den Gemeinden für die Signalisation der Anlagen im kantonalen Interesse.

<sup>4</sup> Die Gemeinden projektieren, bauen und unterhalten die Anlagen.

<sup>5</sup> Die Gemeinden sorgen dafür, dass die Anlagen möglichst gefahrlos benützt werden können und der öffentliche Zugang rechtlich gesichert ist.

<sup>6</sup> Für die Belange des Langsamverkehrs können der Kanton und die Gemeinden private Fachorganisationen beiziehen und diesen vertraglich einzelne Aufgaben übertragen.

<sup>7</sup> Die Regierung kann eine Fachstelle für den Langsamverkehr bezeichnen.

**Art. 7**           Anspruch auf eine Kantonsstrasse

<sup>1</sup> Der Kanton erschliesst jede Gemeinde mit einer Kantonsstrasse.

<sup>2</sup> Wird eine bisherige Gemeinde infolge Zusammenschluss zu einer Fraktion einer neuen Gemeinde, so bleibt deren Erschliessungsanspruch für die bisherige Hauptsiedlung bestehen. \*

<sup>3</sup> Der gleiche Anspruch gilt auch für die Erschliessung einer Gemeindefraktion, sofern sie mindestens 30 Personen mit ständigem Wohnsitz zählt. \*

<sup>4</sup> Als Gemeindefraktion gilt eine historisch gewachsene, von der Hauptsiedlung der Gemeinde klar abgesetzte Häusergruppe oder eine Streusiedlung längs einer gemeinsamen Haupterschliessung. \*

<sup>5</sup> Die Verbindung mit einer Kantonsstrasse reicht bei einer Gemeinde bis zum Ende der Hauptsiedlung und bei einer Gemeindefraktion so weit, als sie der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner der Fraktion zur Erschliessung dient. \*

<sup>6</sup> Bei Realisierung einer Ortsumfahrung hat die Gemeinde die bisherige Verbindung zu übernehmen. Sie hat weiterhin Anspruch auf einen einzigen kantonalen Anschluss bis zum Ortsbeginn, welchen die Regierung nach Anhören der Gemeinde bestimmt. \*

<sup>7</sup> Die Verbindung besteht grundsätzlich in einer für Motorfahrzeuge befahrbaren Strasse. Ausnahmsweise können andere Lösungen, namentlich Seilbahnen, vorgesehen werden. \*

**Art. 8**           Anerkennung

<sup>1</sup> Die Anerkennung als Kantonsstrasse setzt voraus, dass der in Artikel 7 geregelte Anspruch auf eine kantonale Verbindung besteht.

<sup>2</sup> Die Mindesteinwohnerzahl gemäss Artikel 7 Absatz 3 muss während drei aufeinander folgenden Jahren nachgewiesen werden.

<sup>3</sup> Die Strasse wird vom Kanton im bestehenden Zustand übernommen. Die Gemeinde hat keinen Entschädigungsanspruch.

<sup>4</sup> Die Anerkennung erfolgt durch die Regierung.

**Art. 9**           Aberkennung

<sup>1</sup> Die Aberkennung einer Kantonsstrasse setzt voraus, dass der Anspruch auf eine kantonale Verbindung gemäss Artikel 7 nicht mehr besteht oder dass die Strasse ihren Zweck als Kantonsstrasse verloren hat.

<sup>2</sup> Die Mindesteinwohnerzahl gemäss Artikel 7 Absatz 3 muss während drei aufeinander folgenden Jahren unterschritten sein. \*

<sup>3</sup> Die Strasse ist von der Gemeinde im bestehenden Zustand zu übernehmen. Der Kanton hat keinen Entschädigungsanspruch.

<sup>4</sup> ... \*

<sup>5</sup> Im Rahmen von Gemeindezusammenlegungen kann die Regierung die kantonale Erschliessung vertraglich festlegen.

<sup>6</sup> Die Aberkennung erfolgt durch die Regierung nach Anhören der Gemeinde.

### **Art. 10** Bewilligung einer anderen Verbindung

<sup>1</sup> Haben sich bei einer Gemeinde oder einer Fraktion die Anschluss- und Verkehrsinteressen grundlegend geändert, kann im Abtausch eine andere kantonale Verbindung bewilligt werden.

<sup>2</sup> Erstreckt sich die bisherige Verbindung auf Gebiet mehrerer Gemeinden, haben diese die auf ihrem Territorium liegenden Strassenstrecken zu Eigentum zu übernehmen.

<sup>3</sup> Die Bewilligung einer anderen kantonalen Verbindung erfolgt durch die Regierung.

## **2. Strassenbenützung**

### **Art. 11** Gemeingebrauch

<sup>1</sup> Die Kantonsstrassen gelten mit der Übergabe an den Verkehr als dem Gemeingebrauch gewidmet.

<sup>2</sup> Der Gemeingebrauch an Kantonsstrassen kann vom Kanton eingeschränkt werden, namentlich zur Sicherheit und zum Schutz der Verkehrsteilnehmenden, der Strasse sowie der Anwohnerinnen und Anwohner.

### **Art. 12** Gesteigerter Gemeingebrauch, Sondernutzung

<sup>1</sup> Jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung oder Beanspruchung der Kantonsstrassen bedarf einer Bewilligung des Tiefbauamtes.

<sup>2</sup> Eine Konzession der Regierung ist erforderlich für langfristige, besonders intensive Benützungen der Strasse.

<sup>3</sup> Die Bewilligungs- und Konzessionsnehmer haben alle Kosten zu ersetzen, die dem Kanton durch die Beanspruchung der Strasse erwachsen. Sie können zu Vorschuss- und Sicherheitsleistungen verpflichtet werden.

### **Art. 13** Gefährdung und Haftung

<sup>1</sup> Jedes Verhalten, das den Bestand der Kantonsstrasse oder den Verkehr gefährdet, ist untersagt.

<sup>2</sup> Wer einen rechtswidrigen Zustand schafft oder einen solchen duldet, haftet für allen Schaden, der dem Kanton oder Dritten daraus erwächst.

### **Art. 14** Verkehrsumleitungen

<sup>1</sup> Für Verkehrsumleitungen bei Sperrungen von Kantonsstrassen sowie für den Bauverkehr zu diesen Strassen sind die benötigten Gemeinde- und Privatstrassen zur Verfügung zu stellen.

<sup>2</sup> Der Kanton trägt die Kosten für Massnahmen im Interesse der Verkehrssicherheit sowie die Unterhaltskosten, die nachweislich durch den zusätzlichen Verkehr verursacht werden.

### 3. Projektierung und Bau

#### Art. 15 Grundsätze

<sup>1</sup> Die Kantonsstrassen sind nach den jeweiligen Erkenntnissen der Bau- und Verkehrstechnik und unter Beachtung der zu erwartenden Nutzung, mit guter Einordnung in die bauliche und landschaftliche Umgebung, möglichst umweltschonend sowie wirtschaftlich zu projektieren und zu bauen.

<sup>2</sup> Kantonsstrassen sind grundsätzlich verkehrsorientiert. Die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs, der Fussgänger und Radfahrer sowie von Menschen mit einer Behinderung sind im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden angemessen zu berücksichtigen. \*

<sup>3</sup> Die Regierung erlässt für den Innerortsbereich von Kantonsstrassen Richtlinien für Massnahmen zur Verkehrsberuhigung. Dabei ist auf die Funktion der Strasse und auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

#### Art. 16 Projektierungszonen

<sup>1</sup> Die Regierung kann nach Anhören der betroffenen Gemeinden zur vorsorglichen Freihaltung des Strassenraums für den Bau von Kantonsstrassen Projektierungszonen erlassen. Diese sind im Kantonsamtsblatt und gleichzeitig von den Gemeinden ortsüblich bekannt zu machen.

<sup>2</sup> Bauvorhaben innerhalb von Projektierungszonen dürfen die Gemeinden nur nach Bewilligung des Departementes erlauben. Die Bewilligung wird erteilt, wenn das Bauvorhaben den Strassenbau nicht erschwert oder verteuert.

<sup>3</sup> Die Projektierungszonen fallen mit der Bekanntmachung des Auflageprojektes dahin, spätestens aber nach Ablauf von drei Jahren seit ihrer Veröffentlichung. Aus wichtigen Gründen kann diese Frist um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Die Fristverlängerung ist im Sinne von Absatz 1 öffentlich bekannt zu machen.

#### Art. 17 Baulinien

<sup>1</sup> Im Auflageprojekt können Baulinien festgelegt werden. Sie dienen der ober- und unterirdischen Freihaltung von Räumen entlang von Kantonsstrassen, namentlich im Interesse der Verkehrssicherheit, des Gesundheitsschutzes und des künftigen Strassenausbau.

<sup>2</sup> Legen Gemeinden im Bereich von Kantonsstrassen Bau- oder Baugestaltungslinien fest, haben sie diese vorgängig mit dem Tiefbauamt abzustimmen.

### **Art. 18** Ausnahmewilligungen

<sup>1</sup> Ausnahmen von der Beachtung der Baulinien können vom Departement bewilligt werden, wenn die öffentlichen Interessen nicht verletzt werden.

<sup>2</sup> Ausnahmewilligungen können mit einem Mehrwert- oder Beseitigungsrevers versehen werden.

### **Art. 19** Auflageprojekt

<sup>1</sup> Die notwendigen Bestandteile der Auflageprojekte von Kantonsstrassen legt die Regierung fest.

### **Art. 20** Öffentliche Auflage

<sup>1</sup> Das Departement legt das Auflageprojekt in den betroffenen Gemeinden während 30 Tagen öffentlich auf.

<sup>2</sup> Die Auflage ist im Kantonsamtsblatt und gleichzeitig von den Gemeinden ortsüblich bekannt zu machen.

<sup>3</sup> Durch Ausstecken sind die Strassenachse unter Angabe der Höhen und die Baulinien für die Dauer der Auflage im Gelände kenntlich zu machen.

<sup>4</sup> Kunstbauten, Hochbauten und bedeutende Terrainveränderungen werden soweit möglich auf Verlangen der Betroffenen profiliert.

### **Art. 21** Verfügungsbeschränkung, Meldepflicht

<sup>1</sup> Vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung der Auflage an, beim vereinfachten Verfahren ab der schriftlichen Bekanntgabe, unterliegen Bauvorhaben innerhalb des vom Projekt erfassten Gebietes einer Bewilligung des Departementes. Diese wird erteilt, wenn sich das Bauvorhaben nicht erschwerend auf den Landerwerb oder die Ausführung des Projektes auswirkt.

<sup>2</sup> Die Gemeinden haben dem Tiefbauamt entsprechende Bauvorhaben schriftlich zu melden.

### **Art. 22** Einsprachelegitimation

<sup>1</sup> Zur Einsprache ist neben der betroffenen Gemeinde legitimiert, wer vom Auflageprojekt berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse geltend machen kann.

### **Art. 23** Einsprachefrist und -objekt

<sup>1</sup> Die Einsprachen sind dem Departement innert der Auflagefrist von 30 Tagen schriftlich mit einer kurzen Begründung einzureichen.

<sup>2</sup> Es können geltend gemacht werden:

- a) Einwände gegen das Auflageprojekt sowie gegen eine allfällige Enteignung und deren Umfang;

- b) Entschädigungsbegehren, namentlich Forderungen für die beanspruchten Rechte und andere Forderungen, die sich aus dem kantonalen Enteignungsrecht ergeben.

<sup>3</sup> Rechte, die in der Rechtserwerbstabelle nicht aufgeführt sind und vom Projekt betroffen werden, können bis zum Ende der Einigungsverhandlung im Landerwerbsverfahren angemeldet werden.

#### **Art. 24** Einsprachebehandlung und Projektgenehmigung

<sup>1</sup> Die Regierung entscheidet über die Projekteinsprachen und die Genehmigung des Auflageprojektes.

<sup>2</sup> Die Bereinigung der Entschädigungsbegehren erfolgt im Landerwerbsverfahren nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungsrechts.

#### **Art. 25** Projektänderung

<sup>1</sup> Bewirkt der Genehmigungsentscheid der Regierung eine wesentliche Ergänzung oder Änderung des Auflageprojektes, ist dafür eine neue Auflage durchzuführen.

<sup>2</sup> Werden nach dem Genehmigungsentscheid wesentliche Projektänderungen erforderlich, ist gleich zu verfahren.

#### **Art. 26** Vereinfachtes Verfahren

<sup>1</sup> Bei örtlich begrenzten Projekten oder Projektänderungen, die wenige, eindeutig bestimmbare Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer betreffen, keine schutzwürdigen Interessen Dritter berühren und sich nicht erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, kann auf die öffentliche Auflage verzichtet werden.

<sup>2</sup> In solchen Fällen gibt das Tiefbauamt das Projekt oder die Projektänderung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie betroffenen Dritten schriftlich bekannt. Diese können innert 30 Tagen beim Tiefbauamt die Projektunterlagen einsehen und Einsprache erheben.

<sup>3</sup> Der Gemeinde ist das Projekt oder die Projektänderung zur Kenntnis zu bringen.

<sup>4</sup> Für das Einspracheverfahren und die Projektgenehmigung gelten sinngemäss die Artikel 22, 23, 24 und 27.

<sup>5</sup> Die Projektgenehmigung entfällt, wenn sämtliche Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer auf die Einsprache verzichten und schriftlich ihr Einverständnis zum Projekt beziehungsweise zur Projektänderung erklären.

#### **Art. 27** Wirkung der Projektgenehmigung

<sup>1</sup> Das genehmigte Auflageprojekt ist für jedermann verbindlich.

<sup>2</sup> Es schliesst die Befugnis zur Anwendung des Enteignungsrechts in sich.

### **Art. 28** Projektaufhebung, Übernahmepflicht

<sup>1</sup> Das Departement kann ein nicht genehmigtes Auflageprojekt jederzeit aufheben. Handelt es sich um ein genehmigtes Projekt, ist die Regierung für die Aufhebung zuständig.

<sup>2</sup> Projektaufhebungen sind öffentlich bekannt zu machen.

<sup>3</sup> Nach Ablauf von fünf Jahren seit der Genehmigung, spätestens aber sieben Jahre nach der Veröffentlichung des Auflageprojektes, können die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verlangen, dass der Kanton den Boden und weitere betroffene Rechte erwirbt, sofern das Projekt nicht aufgehoben wird.

### **Art. 29** Landerwerb, Realersatz

<sup>1</sup> Die für den Bau, Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen erforderlichen dinglichen Rechte an Grundstücken sowie weitere Rechte werden nach den Bestimmungen des kantonalen Enteignungs- und Raumplanungsrechts erworben.

<sup>2</sup> Müssen Strassen, Wege, Zufahrten oder Zugänge verändert, versetzt oder aufgehoben werden, sorgt der Kanton soweit möglich für angemessenen Realersatz.

### **Art. 30** Antizipandoausbau

<sup>1</sup> Gemeinden können mit Zustimmung der Regierung die Kosten baulicher Massnahmen an Kantonsstrassen zinslos bevorschussen, wenn sie die Notwendigkeit des Vorhabens nachweisen.

## **4. Unterhalt**

### **Art. 31** Begriffe

<sup>1</sup> Zum Unterhalt gehören alle Massnahmen zur Erhaltung der Substanz sowie zur Gewährleistung der Betriebs- und Verkehrssicherheit der Kantonsstrassen.

<sup>2</sup> Der bauliche Unterhalt umfasst alle Arbeiten, die der Erhaltung der Strasse dienen. Darunter fallen namentlich Instandsetzungen und Erneuerungen.

<sup>3</sup> Der betriebliche Unterhalt umfasst alle Arbeiten, die für die dauernde Betriebsbereitschaft und Sicherheit der Strasse notwendig sind, insbesondere den Winterdienst, die Reinigungs-, Kontroll-, Wartungs- und Pflegearbeiten sowie die Öffnung und Bereitstellung der Strassen nach ausserordentlichen Ereignissen.

### **Art. 32** Übertragung auf Gemeinden

<sup>1</sup> Das Tiefbauamt kann den Gemeinden den Unterhalt einzelner Strecken von Kantonsstrassen ganz oder teilweise übertragen.

<sup>2</sup> Die Einzelheiten, namentlich der Leistungsinhalt und -umfang sowie die Entschädigung, sind vertraglich zu regeln.

**Art. 33** Innerortsstrecke

- <sup>1</sup> Als Innerortsstrecke gilt der Abschnitt der Kantonsstrasse innerhalb der Ortstafeln.
- <sup>2</sup> Fehlen die Ortstafeln, gilt der Beginn der lockeren Überbauung als Innerortsgrenze. Die Anfangs- und Endpunkte der Innerortsstrecke werden in diesem Fall vom Departement bestimmt.

**Art. 34** Schliessung und Offenhaltung im Winter

- <sup>1</sup> Die Regierung bestimmt die Kantonsstrassen, die im Winter geschlossen sind.
- <sup>2</sup> Das Departement bestimmt für diese Strecken den Zeitpunkt der Schliessung und der Öffnung.
- <sup>3</sup> Die Regierung kann Dritten die Offenhaltung von Kantonsstrassen gestatten, sofern sie Gewähr für einen einwandfreien Unterhalt und Betrieb sowie eine ausreichende Verkehrssicherheit bieten.

**Art. 35** Winterdienst

- <sup>1</sup> Der Kanton besorgt die Schneeräumung auf Kantonsstrassen inner- und ausserorts.
- <sup>2</sup> Den Gemeinden obliegen auf den Innerortsstrecken:
- a) der Streudienst und die Beseitigung des Hartstreugutes auf und neben der Strasse;
  - b) die Abfuhr und Entsorgung von bei der Räumung anfallendem Schnee und Eis.
- <sup>3</sup> Der Kanton kann für die Gemeinden den Streudienst auf Innerortsstrecken gegen Entschädigung übernehmen.
- <sup>4</sup> Die Offenhaltung der öffentlichen Zufahrten und Zugänge an Kantonsstrassen obliegt inner- und ausserorts den Gemeinden.

**Art. 36** Fahrbahnreinigung, Verkehrsinseln

- <sup>1</sup> Die Gemeinden besorgen innerorts die Reinigung der Fahrbahn von Kantonsstrassen. Der Kanton kann diese Aufgabe gegen Entschädigung übernehmen.
- <sup>2</sup> Die Flächen von Verkehrsinseln innerorts, namentlich bei Kreiselanlagen, sind durch die Gemeinden zu unterhalten.

**Art. 37** Schadenwehr

- <sup>1</sup> Für die Brandbekämpfung sowie für die Öl- und Chemiewehr auf Kantonsstrassen können Stützpunkte errichtet werden.
- <sup>2</sup> Die Kosten der Massnahmen zur Schadensbekämpfung können den Verursachern überbunden werden.

### **Art. 38** Signalisation und Markierung

<sup>1</sup> Die Signalisation und die Markierung auf und entlang von Kantonsstrassen obliegen dem Kanton.

<sup>2</sup> Die Erstellungs- und Unterhaltskosten für Signalisationen und Markierungen innerorts sind vom Kanton und den Gemeinden im Umfang ihres Interesses zu tragen. Für Orts- und Strassenzustandstafeln trägt der Kanton diese Kosten allein.

<sup>3</sup> Die Energiekosten für die Signalisation innerorts tragen die Gemeinden.

### **Art. 39** Beleuchtung

<sup>1</sup> Die Erstellung und der Unterhalt der Beleuchtung von Kantonsstrassen innerorts ist Sache der Gemeinden.

<sup>2</sup> Soweit der Kanton ausserorts Strassenbeleuchtungen erstellt, obliegt ihm auch deren Unterhalt.

### **Art. 40** Entwässerung

<sup>1</sup> Die Gemeinden und Korporationen sind verpflichtet, das Oberflächenwasser der Kantonsstrassen im Bereich von Siedlungen entschädigungslos in ihre Leitungsnetze aufzunehmen.

<sup>2</sup> Der Kanton erstellt die Einlaufschächte für das Oberflächenwasser sowie die Ableitungen bis zur Hauptleitung und besorgt auch den baulichen Unterhalt dieser Anlagen.

<sup>3</sup> Der betriebliche Unterhalt der Einlaufschächte und Ableitungen im Bereich von Siedlungen obliegt den Gemeinden und Korporationen.

### **Art. 41** Bezug von Wasser und Rohmaterialien

<sup>1</sup> Soweit verfügbar, haben die Gemeinden und Korporationen dem Kanton das für den betrieblichen Unterhalt der Kantonsstrassen erforderliche Wasser unentgeltlich abzugeben.

<sup>2</sup> Die Gemeinden haben dem Kanton die für den Bau und den Unterhalt von Kantonsstrassen benötigten Rohmaterialien wie Steine, Sand und Kies aus Bächen und Flüssen, mit Einschluss der Kiesfänge, gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

<sup>3</sup> Der Kanton entnimmt die Rohmaterialien aus geeigneten, möglichst nahe beim Verwendungsort liegenden Standorten.

<sup>4</sup> In Notsituationen geht das Bezugsrecht des Kantons Sondernutzungsrechten Dritter vor.

### **Art. 42** Schutzanlagen

<sup>1</sup> Der Kanton ist befugt, die zum Schutz der Kantonsstrasse und ihrer Umgebung erforderlichen Bauten und Anlagen ausserhalb des Strassengrundstückes zu erstellen, zu unterhalten und zu betreiben.

<sup>2</sup> Bei unmittelbar drohender Gefahr für die Kantonsstrasse, deren Benützer oder deren Umgebung können die erforderlichen Bauten und Anlagen ohne Projektauflage erstellt werden.

<sup>3</sup> Erwachsen Dritten Vorteile aus Anlagen inner- und ausserhalb des Strassengrundstückes, können sie zu Beitragsleistungen an die Erstellungs- und Unterhaltskosten verpflichtet werden.

## 5. Strasse und angrenzendes Gebiet

### Art. 43 Anstossende Grundstücke

<sup>1</sup> Wer mit seinem Grundstück an die Kantonsstrasse anstösst, kann daraus keine besonderen Rechte ableiten.

<sup>2</sup> Bei der Projektierung sowie beim Bau und Unterhalt der Kantonsstrassen ist namentlich für die Erschliessung auf die Interessen der anstossenden Grundstücke angemessene Rücksicht zu nehmen.

### Art. 44 Duldungspflicht

<sup>1</sup> Anstossende Grundstücke müssen das Wasser, den Schnee, das Eis und das Streugut der Kantonsstrasse aufnehmen.

<sup>2</sup> Zur Erstellung von Umfahungsstrecken, Zufahrtswegen und Bauinstallationen sowie für Materialablagerungen und dergleichen dürfen Grundstücke Dritter gegen Entschädigung vorübergehend beansprucht werden.

<sup>3</sup> Für die Projektierung sowie den Bau und Unterhalt der Kantonsstrassen sind die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten wie Begehungen, Geländeaufnahmen, Sondierungen, Aussteckungen und Vermessungen in der Regel ohne Entschädigung zu dulden.

<sup>4</sup> Anstossende Grundstücke können für die notwendigen Einrichtungen zur Führung und Sicherheit des Verkehrs in Anspruch genommen werden. Berechtigte Interessen Betroffener sind zu berücksichtigen.

### Art. 45 Bauten und Anlagen an Kantonsstrassen

<sup>1</sup> Bei der Erstellung sowie bei wesentlichen Umgestaltungen oder Nutzungsänderungen von Bauten und Anlagen an Kantonsstrassen sind angemessene Abstände einzuhalten. Die Regierung regelt die Einzelheiten.

<sup>2</sup> Als Bauten und Anlagen gelten insbesondere ober- und unterirdische Gebäude, Fahrnisbauten, Mauern, Strassen, Geh- und Radwege, Leitungen, Parkplätze, Tankstellen, Über- und Unterführungen, Verkehrseinrichtungen, Transportvorrichtungen, Lagerplätze und erhebliche Geländeänderungen. \*

### **Art. 46** Anpassung bestehender Bauten und Anlagen

<sup>1</sup> Rechtmässig erstellte Bauten und Anlagen, die den vorgeschriebenen Abständen nicht mehr entsprechen, dürfen unterhalten und erneuert sowie unwesentlich umgestaltet oder unwesentlich anders genutzt werden.

<sup>2</sup> Werden diese Bauten und Anlagen wesentlich umgestaltet oder wesentlich anders genutzt, sind sie einschliesslich allfälliger Anbauten auf den vorgeschriebenen Abstand zurückzusetzen.

<sup>3</sup> Sie dürfen nach ihrem Abbruch oder ihrer Zerstörung nicht wieder am selben Ort erstellt werden.

### **Art. 47** Ausnahmegewilligungen

<sup>1</sup> Das Departement kann Ausnahmen von der Einhaltung der vorgeschriebenen Abstände gestatten. Ausnahmen sind insbesondere möglich in Ortschaften mit geschlossener Bauweise, zur Erhaltung wertvoller Ortsteile, beim Vorliegen von anderen besonderen Verhältnissen oder in Härtefällen, sofern dadurch die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

<sup>2</sup> Ausnahmegewilligungen können mit einem Mehrwert- oder Beseitigungsrevers versehen werden.

### **Art. 48** Bauliche Anforderungen

<sup>1</sup> Bauten und Anlagen an Kantonsstrassen sind so zu erstellen und zu unterhalten, dass sie den Einwirkungen der Strasse sowie der Beanspruchung durch den Verkehr und den Strassenunterhalt standhalten.

<sup>2</sup> Sofern die Verkehrssicherheit es erfordert, kann von den Eigentümerinnen und Eigentümern der anstossenden Grundstücke gegen Entschädigung die Anpassung oder Beseitigung von unter altem Recht erstellten beziehungsweise angebrachten Bauten, Anlagen und Bepflanzungen verlangt werden.

### **Art. 49** Anpassungsarbeiten

<sup>1</sup> Werden Kantonsstrassen baulich verändert, hat der Kanton die notwendigen Anpassungen an angrenzenden Grundstücken auf seine Kosten auszuführen.

<sup>2</sup> Führen bauliche Veränderungen auf Nachbargrundstücken zu Anpassungen an der Kantonsstrasse, sind die Kosten von den Eigentümerinnen und Eigentümern dieser Nachbargrundstücke zu tragen.

### **Art. 50** Verbot von Beeinträchtigungen

<sup>1</sup> Bauten, Anlagen und Bepflanzungen entlang der Kantonsstrassen müssen so in stand gehalten und gepflegt werden, dass aus ihrem Bestand keine Nachteile und Gefahren für diese Strassen und die Verkehrsteilnehmenden entstehen.

<sup>2</sup> Wer eine Beeinträchtigung verursacht, hat die zu deren Behebung erforderlichen Massnahmen zu treffen.

**Art. 51** Anschluss an Kantonsstrasse

- <sup>1</sup> Ein Anschluss an die Kantonsstrasse soll ein möglichst grosses Gebiet erschliessen.
- <sup>2</sup> Sofern die Anlage es zulässt, ist die Mitbenützung des Anschlusses durch Dritte gegen angemessene Entschädigung zu dulden.
- <sup>3</sup> Erfordert es die Verkehrssicherheit, sind von den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern auf eigene Kosten Massnahmen hinsichtlich des Standortes sowie der Art und Ausgestaltung des Anschlusses zu treffen.

**Art. 52** Bewilligung von Anschlüssen

- <sup>1</sup> Die Erstellung und die Änderung von Zugängen und Zufahrten an Kantonsstrassen bedürfen nebst der Baubewilligung einer Bewilligung des Tiefbauamtes.
- <sup>2</sup> Eine Bewilligung ist auch erforderlich, wenn ein bestehender Anschluss einem wesentlich grösseren oder andersartigen Verkehr dienen soll.
- <sup>3</sup> Die Erteilung der Bewilligung kann von der Vorlage eines Erschliessungsplanes abhängig gemacht werden.
- <sup>4</sup> Die Bewilligung ist zu verweigern, wenn der Anschluss die Verkehrssicherheit der Kantonsstrasse wesentlich beeinträchtigt.

**Art. 53** Anpassungspflicht

- <sup>1</sup> Wird ein bestehender Anschluss an die Kantonsstrasse durch Neubauten oder Nutzungsänderungen wesentlich mehr belastet, kann der Kanton von den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verlangen, dass sie den Anschluss auf eigene Kosten an die geänderten Verhältnisse anpassen.

**Art. 54** Beschränkung und Aufhebung

- <sup>1</sup> Das Departement kann Anschlüsse an Kantonsstrassen beschränken oder aufheben.
- <sup>2</sup> Sind zwei oder mehrere Anschlüsse auf engem Raum vorhanden, so können die Anschlussmöglichkeiten aus Gründen der Verkehrssicherheit beschränkt werden.
- <sup>3</sup> Die Aufhebung bestehender Anschlüsse ohne Ersatzmöglichkeit darf nur aus wichtigen Gründen und gegen angemessene Entschädigung erfolgen.
- <sup>4</sup> Vor der Anordnung einer Beschränkung oder Aufhebung eines Anschlusses sind die Betroffenen anzuhören.

**6. Finanzierung****Art. 55** Spezialfinanzierung, Kompetenzen, Abgrenzungen

- <sup>1</sup> Aufwendungen und Erträge des Kantons für das Strassenwesen werden in der Strassenrechnung erfasst. Diese wird als Spezialfinanzierung im Sinne des Finanzhaushaltsgesetzes geführt.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat beschliesst in eigener Kompetenz die jährlichen Ausgaben im Rahmen der Strassenrechnung.

<sup>3</sup> Er legt mit dem Budget den ordentlichen Beitrag aus allgemeinen Staatsmitteln an die Strassenrechnung fest. Dieser Beitrag beträgt mindestens 25 Prozent und höchstens 75 Prozent der Verkehrssteuern. Bei positivem Abschluss der Erfolgsrechnung kann der Grosse Rat zusätzliche Beiträge zum Abbau der Strassenschuld beschliessen. \*

<sup>4</sup> Die Strassenschuld ist auf 250 Mio. Franken begrenzt.

### **Art. 56** Einnahmen

<sup>1</sup> Die Aufwendungen der Strassenrechnung werden insbesondere finanziert durch:

- a) \* Beiträge und zweckgebundene Anteile aus Bundeserträgen, inklusive des gesamten Anteils an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA);
- b) \* Verkehrssteuern sowie übrige Abgaben, nach Abzug der Aufwendungen für das Strassenverkehrsamt und die verkehrsbezogenen Aufgaben der Kantonspolizei;
- c) ordentliche und ausserordentliche Beiträge aus allgemeinen Staatsmitteln.

### **Art. 57 \*** ...

### **Art. 58** Kantonsbeiträge

<sup>1</sup> Der Kanton kann Beiträge zwischen 5 und 50 Prozent an die anrechenbaren Kosten leisten: \*

- a) für den Bau und die Signalisation von Anlagen des Langsamverkehrs (ohne Gehwege), sofern sie den Vorgaben der Regierung entsprechen;
- b) \* ...
- c) an private Fachorganisationen für die Erfüllung der ihnen im Bereich des Langsamverkehrs übertragenen Aufgaben;
- d) für den Bau von Haltebuchten des öffentlichen Verkehrs an Kantonsstrassen;
- e) für den Bau von Abwasserleitungen, die auch der Ableitung des Wassers von Kantonsstrassen dienen;
- f) für die Erstellung und die Instandsetzung von Wildbachverbauungen, Entwässerungen, Aufforstungen, Lawinverbauungen und anderen Anlagen, die auch dem Bestand und der Sicherheit der Kantonsstrassen dienen;
- g) für die Offenhaltung von Kantonsstrassen durch Dritte im Winter;
- h) für Stützpunkte zur Brandbekämpfung und zur Öl- und Chemiewehr auf Kantonsstrassen.

<sup>2</sup> Die Regierung setzt die Höhe der Beiträge unter Berücksichtigung der Interessen des Kantons und der Gemeinden fest. \*

<sup>3</sup> Überwiegt das Interesse des Kantons an der Realisierung einer Anlage, kann die Regierung die Beiträge gemäss Absatz 1 im Einzelfall angemessen erhöhen.

**Art. 59 \*** ...

**Art. 60** Meliorationsmittel

<sup>1</sup> Der Bau von Verbindungsstrassen kann im Zusammenhang mit anderen Grundlagenverbesserungen aus Meliorationsmitteln mitfinanziert werden.

**Art. 61** Gebühren

<sup>1</sup> Der Kanton erhebt Gebühren zwischen 50 und 25 000 Franken für:

- a) Benützigungen der Kantonsstrasse, die über den Gemeingebrauch hinausgehen;
- b) Bewilligungen von Bauten und Anlagen auf dem Strassengrundstück sowie innerhalb von Projektierungszonen, Baulinien, Projektgebieten und Strassenabständen;
- c) Bewilligungen von Zugängen und Zufahrten;
- d) Bewilligungen von Strassenreklamen.
- e) \* ...

<sup>2</sup> Bei der Bemessung der Gebühren sind der mit der Bewilligung verbundene wirtschaftliche Vorteil, der Umfang sowie die Dauer und Intensität der Nutzung, das Interesse der Gebührenpflichtigen und die Strassenbeeinträchtigung zu berücksichtigen.

## 7. Verfahren und Rechtsschutz

**Art. 62** Strafbestimmungen

<sup>1</sup> Wer vorsätzlich oder fahrlässig dieses Gesetz oder darauf beruhende Erlasse und Verfügungen verletzt, wird mit Busse bis zu 40 000 Franken bestraft.

<sup>2</sup> In leichten Fällen kann von einer Strafe abgesehen werden.

<sup>3</sup> Anstelle einer juristischen Person, einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft, einer Einzelfirma oder einer Personengesamtheit ohne Rechtspersönlichkeit sind die natürlichen Personen strafbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Für Bussen und Kosten haftet die juristische Person, die Gesellschaft oder die Personengesamtheit solidarisch.

<sup>4</sup> Die Zuständigkeit und das Verfahren richten sich nach den Bestimmungen über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden. \*

**Art. 63** Verwaltungs- und Vollstreckungsmassnahmen

<sup>1</sup> Bei Verhaltensweisen oder Zuständen, die gegen dieses Gesetz oder darauf beruhende Erlasse und Verfügungen verstossen, können die Verursacher zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes verpflichtet werden.

<sup>2</sup> Kommen die Pflichtigen der Aufforderung nicht nach, wird die kostenfällige Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes angeordnet und durchgesetzt.

<sup>3</sup> Verfügungen in Fällen unmittelbar drohender Gefahr für Strasse und Verkehr sind sofort vollstreckbar.

<sup>4</sup> Im Übrigen richtet sich die Vollstreckung nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz<sup>1)</sup>. \*

**Art. 64 \*** ...

## 8. Schlussbestimmungen

**Art. 65** Aufhebung bisherigen Rechts

<sup>1</sup> Mit Erlass dieses Gesetzes wird das Strassengesetz des Kantons Graubünden vom 10. März 1985<sup>2)</sup> aufgehoben.

**Art. 66** Übergangsbestimmungen

<sup>1</sup> Beiträge der Gemeinden an Beläge innerorts sind nur für bis zum Inkrafttreten des Mantelgesetzes über die FA-Reform ausgeführte Arbeiten zu leisten. \*

<sup>2</sup> Beitragsgesuche der Gemeinden für Gehweganlagen an Kantonsstrassen werden nach dem im Zeitpunkt des Gesuchseingangs geltenden Recht behandelt. \*

<sup>3</sup> Für die übrigen bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes hängigen Verfahren gilt das neue Recht. \*

**Art. 67** In-Kraft-Treten

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens<sup>3)</sup> dieses Gesetzes.

---

<sup>1)</sup> BR [370.100](#)

<sup>2)</sup> AGS 1985, 1440, AGS 1998, 4156 und AGS 2005, KA 850

<sup>3)</sup> Die Referendumsfrist ist am 7. Dezember 2005 unbenutzt abgelaufen. Mit RB vom 20. Dezember 2005 auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt.

## Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
01.09.2005	01.01.2006	Erlass	Erstfassung	-
31.08.2006	01.01.2007	Art. 63 Abs. 4	geändert	2006, 3324
31.08.2006	01.01.2007	Art. 64	aufgehoben	2006, 3324
18.04.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 2	geändert	-
18.04.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 3	geändert	-
18.04.2007	01.01.2008	Art. 2 Abs. 4	eingefügt	-
11.06.2008	01.01.2009	Art. 57	aufgehoben	-
11.06.2008	01.01.2009	Art. 61 Abs. 1, e)	aufgehoben	-
16.06.2010	01.01.2011	Art. 56 Abs. 1, b)	geändert	2010, 2411
16.06.2010	01.01.2011	Art. 62 Abs. 4	geändert	2010, 2411
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 2	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 3	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 4	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 5	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 6	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 7 Abs. 7	eingefügt	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 9 Abs. 2	geändert	-
16.02.2011	01.07.2011	Art. 9 Abs. 4	geändert	-
19.10.2011	01.01.2013	Art. 55 Abs. 3	geändert	-
19.10.2011	01.01.2013	Art. 56 Abs. 1, a)	geändert	-
18.11.2014	01.01.2016	Art. 9 Abs. 4	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 15 Abs. 2	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 45 Abs. 2	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 58 Abs. 1	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 58 Abs. 1, b)	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 58 Abs. 2	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 59	aufgehoben	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 66 Abs. 1	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 66 Abs. 2	geändert	2014-031
18.11.2014	01.01.2016	Art. 66 Abs. 3	eingefügt	2014-031

## Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	01.09.2005	01.01.2006	Erstfassung	-
Art. 2 Abs. 2	18.04.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 2 Abs. 3	18.04.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 2 Abs. 4	18.04.2007	01.01.2008	eingefügt	-
Art. 7 Abs. 2	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 7 Abs. 3	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 7 Abs. 4	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 7 Abs. 5	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 7 Abs. 6	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 7 Abs. 7	16.02.2011	01.07.2011	eingefügt	-
Art. 9 Abs. 2	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 9 Abs. 4	16.02.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 9 Abs. 4	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 15 Abs. 2	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 45 Abs. 2	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 55 Abs. 3	19.10.2011	01.01.2013	geändert	-
Art. 56 Abs. 1, a)	19.10.2011	01.01.2013	geändert	-
Art. 56 Abs. 1, b)	16.06.2010	01.01.2011	geändert	2010, 2411
Art. 57	11.06.2008	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 58 Abs. 1	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 58 Abs. 1, b)	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 58 Abs. 2	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 59	18.11.2014	01.01.2016	aufgehoben	2014-031
Art. 61 Abs. 1, e)	11.06.2008	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 62 Abs. 4	16.06.2010	01.01.2011	geändert	2010, 2411
Art. 63 Abs. 4	31.08.2006	01.01.2007	geändert	2006, 3324
Art. 64	31.08.2006	01.01.2007	aufgehoben	2006, 3324
Art. 66 Abs. 1	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 66 Abs. 2	18.11.2014	01.01.2016	geändert	2014-031
Art. 66 Abs. 3	18.11.2014	01.01.2016	eingefügt	2014-031



